

# ***PRESSESPIEGEL***

## der CDU in Pankow Januar 2024

++ Neuer Radweg auf der Schönhauser Allee++

++ Müssen jetzt alle Kiezblocks wieder abgebaut werden?++

++ Verkehrsexperiment vom Gericht einkassiert! Erster Bezirk muss Kiezblock wieder abbauen++


++ Neuer Radweg auf der Schönhauser Allee++

++ RUND UM DIE GÄNSESCHAR ALLES NEU Grünanlage an der Franz-Schmidt-Straße bietet jetzt mehr Aufenthaltsqualität++

++ DIE NATUR AUF DER BANK GENIESSEN Drei neue Sitzmöglichkeiten am Faulen See geschaffen++

++ ABSCHLUSS IN DER ADAMSTRASSE Der letzte Laternenladepunkt++

++ Warnstreik bei der BVG: Das sind die Einzelheiten – und so reagiert Berlin++

Datum: 03.01.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Jens Wieseke Thema: Johannes Kraft, Manja Schreiner

# Eine im Kern unsoziale Verkehrspolitik

Die Grünen seien zu sehr aufs Fahrrad fixiert, Bahn und Bus gerieten ins Hintertreffen schreibt Jens Wieseke vom Berliner Fahrgastverband. Ein Gastbeitrag

**JENS WIESEKE**

Vor der Wahl von 2016 erschien ein neuer Player auf dem Berliner Areal der Verkehrspolitik. Mit dem Volksentscheid Fahrrad verschaffte sich eine bisher stiefmütterlich behandelte Gruppe der Verkehrsteilnehmer Gehör. Deren Anliegen waren und sind berechtigt. Zum einen ist für viele Menschen in dieser Stadt das Fahrrad mehr als ein Teil aktiver Freizeit, sondern Teil der Alltagsmobilität. Zu Recht wird dargestellt, dass ein Fahrrad wesentlich weniger Platz benötigt und vor allem wesentlich umweltfreundlicher als private Automobilmutzung ist.

Zum anderen führt aktive Nutzung des Fahrrads nicht nur zu weniger Kraftfahrzeugverkehr mit all seinen Folgen. Auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) kann spürbar entlastet werden. Die wachsende Gruppe der Radfahrer fordert ebenfalls zu Recht einen stärkeren Ausbau der Infrastruktur für das Fahrrad. Aber auch das Fahrrad ist ein Individualverkehrsmittel im Gegensatz zum ÖPNV. Allerdings trat ein Teil der Fahrradaktivisten mit geradezu populistischen Meinungsäußerungen an die Öffentlichkeit. Als der Berliner Fahrgastverband IGEB mit einer Presseerklärung an deren Entwurf eines Radgesetzes Kritik übte, wurde diese sachliche und inhaltliche Kritik mir gegenüber als „Blutgrätsche“ bezeichnet.

## Ehrabschneidende Beleidigungen

Dazu muss ich erläutern, dass ich aus dem Bereich der Anhänger der

Förderung des ÖPNV aufgefordert worden war, mich klar und deutlich dann zu äußern, wenn fehlerhafter Ausbau der Fahrradinfrastruktur die Straßenbahn und vor allem den Bus noch mehr verlangsamten würde. Beispiele gibt es inzwischen zur Genüge, exemplarisch steht dafür die Kantstraße. Der Entwurf des Radgesetzes sah eine eindeutige Bevorzugung des Fahrrades nicht nur gegenüber dem Auto, sondern auch gegenüber dem ÖPNV vor.

Im Juni 2016 ergab sich dann die Gelegenheit, dass der Chef des Volksentscheid Fahrrad und ich uns das erste Mal trafen. Das Treffen verlief so, dass er mich mit ehrabschneidenden Beleidigungen überhäufte. Betont sei, dass wir uns vorher noch nie gesprochen hatten. Im Nachhinein habe ich den Eindruck, dass der Fahrgastverband und ich eingeschüchtert werden sollten. Damit war aber die Basis für eine Zusammenarbeit zwischen dem Volksentscheid Fahrrad und dem Berliner Fahrgastverband IGEB vergiftet. Dass besagter Chef diese Beleidigungen in Gegenwart eines Journalisten äußerte, zeigte nur, wie wenig die Belange anderer Verkehrsteilnehmer wie zum Beispiel Fahrgäste die Protagonisten interessierten.

Vor diesem Hintergrund war der Wahlkampf 2016 im Bereich des Verkehrs sehr stark auf das Fahrrad fokussiert. Grundsätzlich ist das Fahrrad – wie eingangs erläutert – wichtig. Jedoch geriet dabei der ÖPNV ein Stück weit in den Hintergrund. Den Parteien der Koalition gelang es ab 2016, mit dem Rahmenwerk eines

Mobilitätsgesetzes statt nur eines Radgesetzes auch bessere Bedingungen für den ÖPNV zu schaffen. Im Verlauf der Aktivitäten des Volksentscheid Fahrrad hatten sich vor allem die Grünen als Fahrradpartei positioniert. Insgesamt war jedoch die Koalitionsvereinbarung von 2016 auch ein großer Schritt für den ÖPNV. Viele Forderungen und Anregungen der IGEB wurden übernommen, vor allem beim Ausbau der Straßenbahn. Auch waren Angebotsausweitungen geplant, die zumindest im Bereich der S-Bahn realisiert werden konnten.

So hatte ich mit der Übergabe des Verkehrsressorts an Vertreterinnen und Vertreter der Grünen große Erwartungen. Diese Erwartungen bezogen sich nicht so sehr darauf, dass jetzt jedes Straßenbahnprojekt sofort und in Gänze geplant, gebaut und fertiggestellt wird. Allerdings sollten zum Ende der Legislaturperiode 2021 immerhin vier Straßenbahnprojekte vollendet werden. Bekanntermaßen kam es anders.

Wichtiger war und ist mir, dass es ein breites Bündnis für die Verkehrswende gibt. Es wäre die Kernaufgabe, insbesondere in der Amtszeit von Regine Günther gewesen, dieses Bündnis zu schmieden. Zwar konzentrierte man sich auf den Abschluss des Mobilitätsgesetzes. Aber es gab kaum Gesprächsthemen für die Grünen, die über Radwege, Lastenfahräder und Kiezblocks hinausgegangen wären. Ein realistisches Programm, das eine attraktive Entwicklung des ÖPNV in den Außenbezirken vorsah, vermisste ich

schmerzlich. Dazu kam, dass ein Teil der Grünen in dieser Zeit nach 2016 fast jede Kritik an ihrer Verkehrspolitik selbst von langjährigen verkehrspolitischen Weggefährten geradezu als Majestätsbeleidigung ansah. Die in vielfacher Hinsicht ungeeignete Senatorin Regine Günther schottete sich in ihrer Verwaltung regelrecht ab. Es gab lange Zeit keinen kontinuierlichen Austausch zwischen Verbänden wie der IGEB und der Senatsverkehrsverwaltung. So wurden bei der Ausarbeitung des Mobilitätsgesetzes die Fahrgastverbände nicht konsultiert.

Warum auch ich Regine Günther als ungeeignet angesehen habe? Sie war nicht in der Lage, auf akute Probleme des Berliner Verkehrs einzugehen. So kam es zum Beispiel im Herbst 2018 zu einem dramatischen Einbruch in der Betriebsqualität der Berliner U-Bahn. In dieser Zeit gab es keine öffentlich wahrnehmbare Einflussnahme aus ihrem Hause gegenüber der BVG. Auch als zu Beginn der Pandemie die BVG im Gegensatz zum Beispiel zur S-Bahn durch unabgestimmte

Kürzungen des Fahrplanangebots für überfüllte U-Bahnen und Busse sorgte, gab es von Regine Günther keine Reaktion. In dieser Situation unterblieb auch eine entsprechende Einflussnahme auf das Unternehmen durch Ramona Pop, die damalige Aufsichtsratsvorsitzende der BVG. Spätestens mit dem bösartigen Abservieren des Staatssekretärs Jens-Holger Kirchner durch Regine Günther hätte es die Gelegenheit für ihre Partei gegeben, sie als Senatorin zu ersetzen. Diese Chance wurde nicht genutzt.

Ich kritisiere die Verkehrspolitik der Berliner Grünen auch deshalb, weil ich sie im Kern als unsozial ansehe. Sich zu stark auf die Bedürfnisse eines innerstädtischen Bürgertums zu konzentrieren, das sehr stark fahrradaffin ist, vernachlässigt

die Bedürfnisse Hunderttausender Berlinerinnen und Berliner, die im Tarifgebiet B leben. Und damit meine ich natürlich nicht zuallererst in Zehlendorf oder Westend. Ich denke dabei insbesondere an die Großsiedlungen in beiden Teilen Berlins. Ich kann mich nicht erinnern, dass es irgendwann nennenswerte Ideen für eine bessere Erschließung dieser Areale gab, die über das BVG-Busangebot hinausgegangen wären. Beispiele sind das Falkenhagener Feld oder das Kos-

mosviertel, die Plattenbausiedlung in Altglienicke.

Wer das Wälzen von Findlingen in Kreuzberger Nebenstraßen und das Aufstellen von Sitzgruppen in der Friedrichstraße als Kern der Verkehrswende verkauft, der darf sich nicht wundern, insbesondere

außerhalb des Hundekopfes zu wenige Wähler zu gewinnen. Es war definitiv richtig, dass es mit der Wahl 2021 im Amt der Senatorin einen Wechsel gab. Und aus meiner Sicht hatte Bettina Jarasch deutlich bessere und andere Ideen für den ÖPNV als ihre Vorgängerin. Natürlich gehört es zum politischen Geschäft, dass es im Detail sicherlich Kritik gab. Trotzdem ergab sich sehr schnell ein anderer aktiver Austausch gegenseitiger Positionen.

Diese Haltung ist aber bei vielen anderen Grünen aus meiner Sicht noch nicht richtig angekommen. Noch immer wird dort das Fahrrad als Allheilmittel gesehen. Die Probleme, aber auch die Potenziale des ÖPNV werden nicht richtig erkannt. Die jetzige Krise beim Bus ist auch Ergebnis von Versäumnissen der Politik von 2016 bis 2023. So wären zum Beispiel als Kompromisslösung kombinierte und überbreite Fahrrad- und Busspuren eine einfache Möglichkeit, um Fahrrad und Bus gemeinsam zu bevorzugen. Solche Möglichkeiten scheinen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg allerdings unmöglich zu sein. Nur so ist es zu erklären, dass der hochgelobte zuständige Leiter des Straßen- und Grünflächenamtes mir gegenüber offen sagte, dass das Fahrrad auch gegenüber dem Bus zu bevorzugen sei. Das sei sein politischer Auftrag, den er 2019 von der Bezirksbürgermeisterin bekommen habe.

Diese dem Mobilitätsgesetz zuwiderhandelnde Vorgehensweise führt dazu, dass auch in Friedrichshain-Kreuzberg Busse immer langsamer werden. Das kann man bald in der Köpenicker und Schlesischen StraÙe begutachten, wo demnächst die

Busse durch einen falsch angelegten Radweg noch langsamer werden. Damit steht auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg nicht für die Verkehrswende im ÖPNV. Für mich sind die Berliner Grünen eine Partei der Fahrradaktivisten mit einer homöopathischen Prise ÖPNV.

Im April 2023 ist das Verkehrsressort nun an die CDU gegangen. Ähnlich wie ihre Vorvorgängerin Regine Günther ist Manja Schreiner

ein in der Verkehrspolitik unbeschriebenes Blatt. In der Vielzahl von allgemeinen Floskeln fehlen mir bisher echte Akzente, die den verkehrspolitischen Alltag der Fahrgäste in Berlin durchgreifend verbessern. Die aktuelle Krise der BVG wird ähnlich schlecht gemanagt wie die U-Bahn-Krise im Herbst 2018, nämlich gar nicht.

Vor diesem Hintergrund ist die Neben-Verkehrspolitik insbesondere des Berliner Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Dirk Stettner, für den Berliner Nordosten einigermaßen surreal. Das gilt für die Wiederbelebung der Idee einer Magnetschwebbahn an dieser Stelle ebenso wie die gigantischen U-Bahn-Planungen. Er wird dabei assistiert vom verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Johannes Kraft. Die Verkehrssenatorin wirkt dabei farblos.

Stellt sich die Frage, was Dirk Stettner und Johannes Kraft mit dem Feuerwerk verkehrspolitischer Absurditäten erreichen wollen? Eine realistische und vor allem zeitnahe Verbesserung der Probleme des ÖPNV ist damit weder im Nordosten und schon gar nicht für ganz Berlin zu erreichen. Das wurde allerdings in den letzten anderthalb Monaten hinreichend erörtert. Man muss eines dabei jedoch feststellen: Die Berliner CDU ist mit diesen Vorschlägen beherzt in die Lücke gesprungen, die die Berliner Grünen hinterlassen haben. Die CDU stellt sich als Macher-Partei dar, die sich um alle Teile Berlins kümmert. Ob diese Pläne dann realistisch sind, das wird nicht einmal ansatzweise in dieser Legislaturperiode zu überprüfen sein. Es sind Vorschläge für den Sankt-Nimmerleins-Tag. Im besten Falle.

Und die Berliner SPD? Sie schwankt zwischen einerseits guten Ideen für den ÖPNV und andererseits Gefangensein in einer Koalition, die dann doch mal wieder nur ein fauler Kompromiss für den ÖPNV ist. Eine U7 zur Heerstraße und zum BER wird die Berliner Probleme kaum lösen – schon gar nicht vor 2040. Der Berliner Linkspartei ist zwar die grundsätzliche Bedeutung des ÖPNV klar, aber ihr politischer Einfluss ist in diesem Bereich ziemlich gering. Und währenddessen steht der Fahrgast frierend an der Bushaltestelle oder kuschelt in überfüllten U-Bahnen.

**Integratives Denken und Handeln**

Aber das alles bringt mich nicht davon ab weiterzumachen. Meine Hoffnung für die Zukunft ist, dass es endlich gelingt, ein breites Bündnis für eine Verkehrswende zu formen. In diesem Bündnis müssen die verschiedenen Akteure konstruktiv miteinander zusammenarbeiten. Um es konkret zu benennen: Zukünftig muss viel stärker beachtet werden, dass der Radwegeausbau nicht so geschieht, dass Straßenbahn und


Bus noch langsamer werden. Auch Bushaltestellen sind keine Manövriermasse für schnelle Radwege. Das erfordert von allen Akteuren ein stärker integratives Denken und Handeln. Das Dogma der „autogerechten Stadt“ durch das Dogma der „fahrradgerechten Stadt“ zu ersetzen, wäre für mich kein Fortschritt.

Die aktuelle Krise der BVG muss überwunden werden. Wie

das geht, hat die S-Bahn seit 2009 vorgemacht. Berlin wächst. Dazu gehört auch ein kluger Ausbau der Schienensysteme in Berlin. Nein, ich denke nicht nur an die Straßenbahn. Auch die U-Bahn kann und sollte verlängert werden, so die U9 sowohl im Norden Richtung Pankow als auch im Süden Richtung Lankwitz. Aber dazu mehr im Frühling.

**„Für mich sind die  
Berliner Grünen  
eine Partei der  
Fahrradaktivisten  
mit einer  
homöopathischen  
Prise ÖPNV.“**

**Jens Wieseke**, Sprecher des Berliner  
Fahrgastverbandes IGEB

Datum: 04.01.2024	Medium: B.Z. Online
	Autor: Isabel Pfannkuche, Stefan Peter Thema: Lars Bocian

Verkehrsexperiment einkassiert

## Müssen jetzt alle Kiezblocks wieder abgebaut werden?

Von [Isabel Pfannkuche](#) und [Stefan Peter](#)

**Das Verwaltungsgericht hat gegen ein Lieblingsprojekt grüner Verkehrspolitik entschieden: Das Bezirksamt Pankow muss den sogenannten Kiezblock im Nesselweg wieder abbauen. Was bedeutet das jetzt für die 180 weiteren geplanten und zum Teil schon fertigen Kiezblocks (mit Pollern abgesperrte Straßen in Wohngebieten)?**

Der [Bezirk Pankow](#) hätte eine besondere Gefahrenlage, hohe Abgas- oder Lärmmessungen nachweisen müssen. Weil nichts davon passiert war, entschied das Gericht im Sinne des Antragstellers. Die Poller müssen weg!


**Der Beschluss gilt laut einer Sprecherin des Verwaltungsgerichts zwar nur für die Sperrung im Nesselweg in Rosenthal. Klagen gegen die anderen, mehrere 100.000 Euro teuren Kiezblocks in weiteren Bezirken könnten aber ähnlich ausgehen!**

Der Grünen-nahe Verein „Changing Cities“ behauptet hingegen, es handele sich in Rosenthal gar nicht um einen Kiezblock, sondern nur um eine Straßensperrung. „Insofern betrifft das Urteil nur diese Maßnahme und keine weiteren Kiezblocks“, so der Verein.

Auch die Bezirksstadträtin von Lichtenberg Filiz Keküllüoğlu (Grüne) schreibt auf B.Z.-Anfrage: „Ich würde die Poller in Rosenthal nicht als Kiezblock bezeichnen.“ Und das Bezirksamt [Neukölln](#): „Dabei handelt es sich nach erster Einschätzung nicht um einen sog. Kiezblock, sondern um eine Durchfahrtsperre für eine einzelne Straße.“

Die drei Poller im Nesselweg gehen auf eine Initiative des CDU-Abgeordneten [Lars Bocian \(54\)](#) zurück. „Die Straße wird für den Schleichverkehr benutzt, das hat die Anwohner sehr belastet“, so der Politiker zur B.Z. „Ich habe mich deshalb für die Poller eingesetzt und würde das immer wieder tun.“

**Der Bezirk Pankow äußert sich nicht, will den Gerichtsbeschluss erst prüfen.**

Datum: 04.01.2024	Medium: Bild Online
	Autor: Isabel Pfannkuche, Stefan Peter Thema: Lars Bocian

Verkehrsexperiment vom Gericht einkassiert!

## Erster Bezirk muss Kiezblock wieder abbauen



**Der Kiezblock im Nesselweg muss vom Bezirksamt wieder abgebaut werden**

Foto: Ralf Guenther

Von: ISABEL PFANNKUCHE UND STEFAN PETER

04.01.2024 - 07:35 Uhr

**Berlin – Schon wieder eine Gerichtspleite für Berlin! Nur ein halbes Jahr nach Einführung der ersten sogenannten „Kiezblocks“ hatte eine Klage dagegen am Mittwoch Erfolg – das Lieblings-Verkehrsexperiment der Grünen könnte berlinweit einkassiert werden.**

Der Bezirk Pankow hatte den Nesselweg in Rosenthal mit Pollern für Autofahrer gesperrt, um den Durchgangsverkehr zu stoppen. So sollten laut Bezirk Kinder auf dem Weg in die Kita oder Schule geschützt werden. Ein Berliner war jetzt mit einem Eilantrag dagegen beim Verwaltungsgericht erfolgreich!

**Laut Gericht „bestehen ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aufstellung der Sperrpfosten und sonstiger Verkehrsschilder“. Der Bezirk hätte dafür Abgas- oder Lärmmessungen durchführen oder aber mit einer Unfall-Statistik eine besondere Gefahr nachweisen müssen.**

Stattdessen hätten sowohl die Polizei als auch ein Bezirksamts-Mitarbeiter Bedenken zu dem Projekt geäußert und „keine Verkehrsgefährdungen festgestellt“.

Was heißt das jetzt für die 180 weiteren geplanten und zum Teil schon fertigen Kiezblocks? Der Beschluss gilt laut einer Sprecherin des Verwaltungsgerichts zwar nur für den Kiezblock im Nesselweg. Klagen gegen die anderen mehrere 100.000 Euro teuren Kiezblocks in weiteren Bezirken könnten aber ähnlich ausgehen!

Der Verein Changing Cities behauptet hingegen, es handele sich in Pankow gar nicht um einen Kiezblock, sondern nur um eine Straßensperrung. „Insofern betrifft das Urteil nur diese Maßnahme und keine weiteren Kiezblocks“, so der Verein.

Auch die Bezirksstadträtin von Lichtenberg Filiz Keküllüoğlu (Grüne) schreibt auf BILD-Anfrage: „Ich würde die Poller in Rosenthal nicht als Kiezblock bezeichnen.“ Und das Bezirksamt Neukölln: „Dabei handelt es sich nach erster Einschätzung nicht um einen sog. Kiezblock, sondern um eine Durchfahrtsperre für eine einzelne Straße.“

Die drei Poller im Nesselweg gehen auf eine Initiative des CDU-Abgeordneten **Lars Bocian (54)** zurück. „Die Straße wird für den Schleichverkehr benutzt, das hat die Anwohner sehr belastet“, so der Politiker zu BILD. „Ich habe mich deshalb für die Poller eingesetzt und würde das immer wieder tun.“

Der Bezirk Pankow äußert sich nicht, will den Gerichtsbeschluss erst prüfen.

Datum: 05.01.2024	Medium: Zeit Online
<b>ZEIT ONLINE</b>	Autor: dpa Berlin/Brandenburg Thema: Dirk Stettner



CDU-Fraktionschef

## Stettner: "Interessenskonflikt kann ich nicht erkennen"

CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** sieht in der Beziehung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner mit Bildungssenatorin Katharina Günther Wunsch (beide [CDU](#)) keine Gefahr für Interessenskonflikte. «Privates und Berufliches wird von beiden sehr wohl getrennt, so wie ich es bisher auch von ihnen kenne», teilte **Stettner** am Freitag mit. «Einen Interessenskonflikt kann ich nicht erkennen, auch wenn klar ist, dass die beiden von nun an auch diesbezüglich unter besonderer öffentlicher Beobachtung stehen werden.

Wegner und Günther-Wunsch hatten ihre Beziehung am Freitag öffentlich gemacht. Wie Rechtsanwalt Christian Schertz am Freitag mitteilte, entschieden beide im Herbst 2023, eine Beziehung einzugehen. «Unabhängig davon, dass eine derartige Konstellation keinen rechtlichen Bestimmungen widerspricht, ist es natürlich selbstverständlich, dass die Beteiligten im Zusammenhang mit ihrer Amtsführung Privates und Berufliches strikt trennen», erklärte Schertz.

Über den Haushalt entscheide nicht der Regierende Bürgermeister. Das sei Sache des Parlaments, vor allem die Regierungsfaktionen, sagte **Stettner** zur Kritik, Wegner könnte seine Partnerin bei den Finanzen für die jeweiligen Ressorts bevorzugen. «Über die Auflösung der Pauschalen Minderausgaben, die von den Ressorts eingespart werden müssen, verhandeln die einzelnen Senatorinnen und Senatoren mit dem Finanzsenator und nicht mit dem Regierenden Bürgermeister.»

«Schon im vorletzten Jahr wurde entschieden, dass Katharina Günther-Wunsch Bildungssenatorin werden soll, und dies wurde dann bereits Anfang Februar letzten Jahres presseöffentlich», sagte **Stettner**. «Die Unterstellung einer Bevorteilung der Bildungssenatorin bei der Ernennung entbehrt jeder Grundlage.»

«Ich habe in den letzten Monaten erleben dürfen, dass wir eine hervorragende Bildungssenatorin und einen sehr guten Regierenden Bürgermeister haben, die jeweils ihre Frau, ihren Mann stehen, auch in streitiger Situation, in Vertretung der Sache», so **Stettner**. «Ich bin überzeugt, dass das in Zukunft auch der Fall sein wird.»

Datum: 06.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack, Johannes Kraft, Lars Bocian

## Mit Kraft und Bocian sprechen

### FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.

Zur Sprechstunde laden die Pankower Abgeordnetenhausmitglieder Johannes Kraft und Lars Bocian (beide CDU) am 9. Januar ein. Sie findet ab 19 Uhr im CDU-Bürgerbüro an der Berliner Straße 5 statt. Willkommen sind vor allem Bürger aus Buch, Französisch Buchholz und Karow, die sich mit Fragen, Ideen und Anregungen an ihre direkt gewählten Abgeordneten wenden möchten. Anmeldung an [post@johannes-kraft.de](mailto:post@johannes-kraft.de) erbeten. **BW**

## Sprechstunde des Schulstadtrats

**PRENZLAUER BERG.** Jörn Pasternack (CDU), Stadtrat für Schule, Sport und Facility Management, führt am Donnerstag, 18. Januar, in der Zeit von 15 bis 17 Uhr seine nächste Sprechstunde durch. Sie findet an seinem Dienstsitz in der Fröbelstraße 17 (Haus 9, Raum 111) statt. Zur Vorbereitung des Gesprächs ist möglichst bis zum 12. Januar eine Anmeldung mit einer kurzen Schilderung des Anliegens erforderlich per E-Mail an: [kerstin.pahnke@ba-pankow.berlin.de](mailto:kerstin.pahnke@ba-pankow.berlin.de). **my**

Datum: 06.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

# 400 Schrottfahrräder gesammelt

**PANKOW:** Großteil der Fahrradleichen wird aufgearbeitet / Projekt geht auch in diesem Jahr weiter

von Bernd Wähler

Seit Anfang des Jahres 2023 häuften sich im Ordnungsamt die Beschwerden über „Schrottfahrräder“. Deshalb sammelte das Bezirksamt in einem Pilotprojekt solche Räder ein und führte sie einer neuen Verwertung zu.

„Grundsätzlich kann jeder sein Fahrrad im öffentlichen Raum abstellen, anschließen und auf unbefristete Zeit stehen lassen“, stellt Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und Öffentlichen Raum, klar. Allerdings stehen manche Räder über Monate unbewegt an bestimmten Orten. Bei einigen fehlt der Sattel, bei anderen ein Rad, mitunter auch der Lenker oder es ist nur noch der vor sich hin rostende Rahmen übrig. Spätestens wenn eine leicht grünliche Mooschicht auf dem Rahmen wächst, liegt die Vermutung nahe: Dieses Rad will keiner mehr zurück haben.

Von solchen Fahrradleichen gibt es Hunderte in Pankow. Manche stehen an so ungünstigen Stellen, dass sich Passanten über sie beschweren. Andere blockieren öffentliche Fahrradabstellplätze oder -bügel. Weil es immer mehr solcher Schrottfahrräder gab, erhielt das Bezirksamt in den zurückliegenden Jahren in auch immer wieder von Bezirksverordneten den Auftrag, sich um die Beseitigung dieser Wracks zu



Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (Bildmitte) traf sich mit Delia Braunnühl von der Chance gGmbH sowie Patrick Schippers und Astrid Kröger (rechts) von der Beta gGmbH, um das weitere Vorgehen beim Upcycling der Räder zu besprechen. Foto: Bernd Wähler

kümmern. Doch die Umsetzung dieses Auftrages ist gar nicht so einfach. Es sind nämlich juristische Sachverhalte zu beachten. Die Fahrräder sind alle irgendwann einmal käuflich erworben worden, haben deshalb einen Eigentümer. Und weil jeder das Recht hat, sein Fahrrad, also sein Eigentum, auf unbegrenzte Zeit im öffentlichen Raum abzustellen, kann es nicht einfach von Amtswegen eingezogen werden. Das käme letztendlich einem Diebstahl gleich.

Deshalb war ein rechtssicheres Procedere zu entwickeln, damit die Schrottfahrräder aus

dem öffentlichen Straßenland vom Ordnungsamt abtransportiert werden können. Von Bürgern gemeldete und von Ordnungsamtsmitarbeitern entdeckte Fahrradleichen wurden zunächst mit einem gelben Aufkleber versehen, der die Eigentümer mit Fristsetzung auffordert, sich ihres Fahrrades wieder anzunehmen. Tat sich nach einem Vierteljahr nichts, ließ das Ordnungsamt die Fahrräder oder Fahrradreste von einem Transportunternehmen einsammeln und auf einer dem Bezirksamt gehörende, gesicherte Fläche abstellen. „Im zurückliegenden Jahr sind bei vier Scherpunkt-

einsätzen insgesamt 400 Schrottfahrräder eingesammelt worden“, berichtet Stadträtin Anders-Granitzki. Die meisten davon standen an Bahnhöfen und im öffentlichen Straßenland in Prenzlauer Berg.

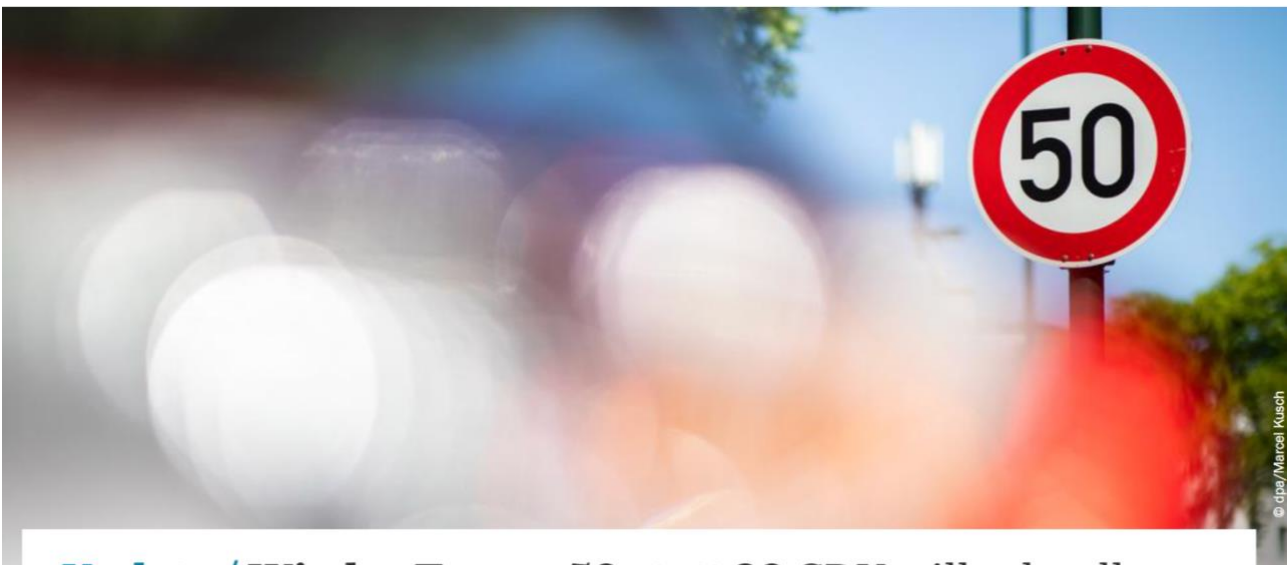
Alle Räder erhielten eine Banderole an den Rahmen, auf der der Standort verzeichnet ist, an dem sie gefunden wurden. Von allen Rädern wurden die Rahmennummern, soweit vorhanden, an die Polizei gemeldet. Die recherchierte ihrerseits, ob eines der Räder als gestohlen gemeldet wurde. Wäre das der Fall gewesen, wäre das Fahrrad dem Besitzer zurückgegeben

worden. Doch die 400 eingesammelten Fahrräder blieben über viele Monate auf der Bezirksamtsfläche stehen, ohne dass sie Besitzern zuzuordnen waren. Aber was sollte nun mit den Fahrradleichen geschehen? Das Bezirksamt nahm mit gemeinnützigen sozialen Trägern Kontakt auf. Der Beta Bildung Training Arbeit gGmbH, der Stern-Radio Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft für Arbeitnehmer mbH, der Goldnetz gGmbH und dem Chance e.V. sind die Schrottfahrräder nun angeboten worden.

Die gemeinnützigen Träger suchen sich jetzt die Räder aus, die zur Aufarbeitung oder Ersatzteilgewinnung taugen. In ihren Werkstätten werden die Räder aufgearbeitet und sollen finanziell benachteiligten Menschen zur Verfügung gestellt werden. Räder, die nicht mehr gerettet werden können, lässt das Bezirksamt verschrotten.

Durch das Upcycling fällt wenig Abfall an und viele alte Räder werden wieder zu fahrbaren Untersätzen. Finanziert wird das Schrottfahrrad-Projekt aus dem Senatsaktionsprogramm „Saubere Stadt“, informiert Manuela Anders-Granitzki. In diesem Jahr soll es fortgesetzt werden. Denn die Fläche, auf der die Räder zwischengelagert wurden, ist inzwischen weitgehend beraumt. Somit ist wieder ausreichend Platz für neue Schrottfahrräder.

Datum: 09.01.2024	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Stefan Jacobs Thema: Dirk Stettner



## **Update / Wieder Tempo 50 statt 30** CDU will schnelleren Autoverkehr auf Berliner Hauptstraßen

Grünen und Linken sei es „vorrangig um die Bekämpfung des Autos“ gegangen, findet die Berliner CDU. Und legt eine Prioritätenliste für mehr Tempo 50 auf Hauptstraßen vor.

Auf einer Reihe von Hauptverkehrsstraßen sollen Autos, Busse und Lkw nach dem Willen von Berlins CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** künftig wieder schneller als bisher unterwegs sein dürfen. „Rund 30 Hauptstraßen werden bis Mitte 2024 wieder auf Tempo 50 von Tempo 30 erhöht“, heißt es in einem Vorschlagspapier von **Stettner**. Zuerst hatte die „B.Z.“ berichtet.

Die CDU-Fraktion will sich laut einem Sprecher am kommenden Dienstag mit dem Thema beschäftigen. Priorität haben laut der Liste zunächst elf Strecken. In den meisten davon hatte die Verkehrsverwaltung Tempo 30 wegen der verkehrsbedingt schlechten Luftqualität angeordnet, teils auch zum Schutz vor Lärm.

Die Prioritätenliste der CDU für Tempo 50

- Potsdamer Straße (Potsdamer Platz – Kleistpark) ▪ Hauptstraße (Kleistpark – Innsbrucker Platz) ▪ Tempelhofer Damm (Alt-Tempelhof – Ordensmeisterstraße) ▪ Prenzlauer Promenade

(Kissingenstraße – Thulestraße) ▪ Joachimsthaler Straße (Hardenbergplatz – Kurfürstendamm) ▪ Mariendorfer Damm (Westphalweg bis Eisenacher Straße) ▪ Elsenstraße (Treptower Park bis Karl-Kunger-Straße) ▪ Invalidenstraße (Alexanderufer bis Scharnhorststraße) ▪ Turmstraße (Stromstraße bis Beusselstraße) ▪ Torstraße (Prenzlauer Allee bis Chausseestraße) ▪ Martin-Luther-Straße (Lietzenburger Straße bis Motzstraße)

„Berlin muss mobil und agil sein“, teilte **Stettner** zur Begründung des Vorhabens mit. Verkehrsbeschränkungen müssten einen genauen Sinn haben. In den vergangenen Jahren sei es insbesondere Grünen und Linken „vorrangig um die Bekämpfung des Autos“ gegangen. „Wir nehmen jetzt wieder alle in den Blick, auch den Autofahrer. Das haben wir im Wahlkampf versprochen und dieses Versprechen setzen wir

Auf Hauptverkehrsstraßen sei Tempo 30 in der Regel „nicht sinnvoll“, heißt es in dem Papier. „Trotzdem ist Berlin die Stadt mit dem höchsten Anteil von Tempo-30-Abschnitten in Deutschland.“ Tempo 30 gelte zum Beispiel auf Hauptstraßen auf 240 Kilometern

Nach Ansicht von **Stettner** soll auf weitere Anordnungen von Tempo 30 auf Hauptstraßen künftig verzichtet werden. Als grundsätzliche Kriterien für das Limit nennt Stettner Nebenstraßen und „dort, wo es sinnvoll ist“. Sinnvoll sei es, wo die Grenzwerte von Lärm und Stickoxiden überschritten sind und dort, „wo es die Verkehrssicherheit gebietet, wie beispielsweise vor Kitas, Schulen, Senioren- oder Betreuungseinrichtungen“. Aus Sicht von **Stettner** schließt das „Überprüfungen der bestehenden Anordnungen ein“.

Nach Ansicht des CDU-Fraktionschefs bremst Tempo 30 vor Kliniken den Rettungsdienst

Diese Sätze finden sich bereits in der schwarz-roten Koalitionsvereinbarung. Was dort nicht steht, aber in Stettners Papier: Vor Krankenhäusern müsse nicht prinzipiell Tempo 30 gelten, „da der fließende Verkehr, Kranken- und Rettungstransporte ausgebremst wird“.

Insgesamt umfasst die Liste der Straßen, auf denen die 30er-Schilder nach dem Willen der CDU verschwinden sollen, 25 Strecken, einige davon in der unmittelbaren City – beispielsweise Dorotheen-, Wilhelm- und Oranienstraße.

Datum: 09.01.2024	Medium: Radio Eins
<b>radioeins</b>	Autor: n/a Thema: Johannes Kraft, Manja Schreiner

## Neuer Radweg auf der Schönhauser Allee

Di 09.01.24 | 08:40 Uhr



Ein Fahrradfahrer

fahren auf der abendlichen Schönhauser Allee in Berlin | © IMAGO/SeeligerDownload (mp3, 5 MB)

**Im Frühjahr soll in der Schönhauser Allee auch der 2,50m breite Radstreifen stadteinwärts fertig sein, aber ob der nächste rund 700 Meter lange Abschnitt bis zur Wisbyer Straße gebaut wird, ist allerdings nicht in Stein gemeißelt. Mehr dazu von radioeins-Fahrradexperte Henrik Barth.**

Seit 2016 wurde immer wieder angekündigt, in der Schönhauser Allee 2,50 Meter breite Radstreifen anstelle von Parkplätzen zu schaffen. Zu guter Letzt wurde das Projekt nochmal von CDU-Verkehrsenatorin Manja Schreiner auf den Prüfstand gestellt, aber Ende des Jahres war es endlich soweit. Allerdings nur stadtauswärts. Der Radstreifen stadteinwärts Richtung Alexanderplatz soll laut der "Radplanungsgesellschaft Infravelo" erst im Frühling fertig werden.

*Der Beitrag ist noch bis zum 09.01.2025 verfügbar.*

Datum: 10.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## RUND UM DIE GÄNSESCHAR ALLES NEU

# Grünanlage an der Franz-Schmidt-Straße bietet jetzt mehr Aufenthaltsqualität



Cornelius Bechtler (links), Christian Petermann und Manuela Anders-Granitzki freuen sich, dass die Grünanlage „Gänseplastik“ von den Bucher Bürgern endlich in Besitz genommen werden kann. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von Bernd Wähler

**Die Sanierung der Freifläche um die „Gänseplastik“ an der Franz-Schmidt-Straße ist nach einem Jahr Bauzeit abgeschlossen.**

Gemeinsam mit zahlreichen Nachbarn weihten die Stadträtin für öffentlichen Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), Stadtentwicklungsstadtrat Cornelius Bechtler (Bündnis 90/Die Grünen) und Christian Petermann von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die neu gestaltete Grünanlage im Herzen der Bucher Plattenbausiedlung jetzt ein.



- Die Freifläche um die „Gänseplastik“ ist saniert und wieder zur Nutzung freigegeben. Zur Wiedereröffnung kamen zahlreiche Anwohner.

Wie die Fläche gestaltet werden soll, wurde bereits 2019 mit Anwohnerbeteiligung konzipiert. Ende 2022 standen dann endlich die nötigen finanziellen Mittel bereit und es konnte mit dem Bauen begonnen werden. Das zentrale Rondell mit der Bronzeplastik „Gänseschar“ von Nicolas Bode erhielt eine Schmucksteinpflasterung. Um dieses Rondell herum befinden sich nun Sitzbänke und Staudenbeete. Die strahlenförmig angeordneten Wege durch die Grünanlage einschließlich des schmalen Trampelpfads sind jetzt aus einem wasserdurchlässigen, festen Belag gebaut.

Alle Bäume konnten erhalten werden und es wurden sogar neue gepflanzt, darunter Linden, Birken, Zierapfel- und Kirschbäume sowie Magnolien. In den Randbereichen wurden außerdem zahlreiche neue Gehölze gepflanzt und auf einer Rasenfläche eine Krokuswiese angelegt. Ein Gartenhydrant und eine Wasserpumpe stellen die Bewässerung der Pflanzen sicher.

Datum: 11.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## KEINE DURCHFAHRT MEHR FÜR AUTOS

# Neuer Modalfilter sorgt am Majakowskiring für höhere Verkehrssicherheit



An der Einmündung der Ossietzkystraße in den Majakowskiring wurde im Auftrag des Bezirksamts ein Modalfilter installiert. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von Bernd.Wähler

**Am Übergang von der Ossietzkystraße in den Majakowskiring hat das Bezirksamt einen sogenannten Modalfilter installiert. Dem ging ein langes Abstimmungsprocedere voraus.**

Die Einrichtung der Fahrradstraße auf der Ossietzkystraße 2020 ist ein Erfolg. Sie kanalisiert den Radverkehr durchs Pankower Zentrum. Leider wurde sie bisher aber noch häufig von Autofahrern als Durchgangsstraße benutzt, die über den Majakowskiring in die Grabbeallee wollten.

Deshalb sollte das Bezirksamt einen Modalfilter unmittelbar an der Einmündung Ossietzkystraße/Majakowskiring bauen, beschloss die BVV vor über drei Jahren. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Poller oder ähnliche Durchfahrtsperren. Eine mechanische Barriere sei allemal effektiver, als eine Anordnung per Verkehrsschild, so die Verordneten.

Doch so einfach ließ sich der Beschluss nicht umsetzen. Zuvor musste, gesetzlich vorgeschrieben, per Verkehrszählung die Notwendigkeit eines Modalfilters nachgewiesen werden, die tatsächlich auch gegeben war. Das Straßen- und Grünflächenamt entschied sich daher, aus Gründen der Verkehrssicherheit eine Durchfahrtsperre am Majakowskiring vorzusehen. Dazu bedarf es aber einer verkehrsrechtlichen Anordnung durch die Straßenverkehrsbehörde. In diesem Verfahren war auch die Polizei anzuhören. Und die äußerte zunächst Zweifel, berichtete die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) im vergangenen Jahr den Verordneten. Es folgten Umplanungen und weitere Abstimmungen. Doch nun konnten die Poller aufgebaut werden. Rad- und Fußverkehr ist weiterhin zwischen beiden Straßen möglich. Die Durchfahrt für Rettungsfahrzeuge und Abfallentsorger wird ebenfalls gewährleistet. Am Ende der Ossietzkystraße befindet sich jetzt allerdings eine Sackgasse. Eine Wendestelle ist eingerichtet. Im Verlauf der Ossietzkystraße gibt es zahlreiche Einmündungen. Daher beginnt die Sackgasse erst relativ spät, und zwar nördlich des Elisabethwegs. Dort wurde auch das Sackgassen-Schild aufgestellt. Es wurden weitere Hinweisschilder installiert, die rechtzeitig darauf aufmerksam machen, dass die Zufahrt zum Majakowskiring für Kfz nicht mehr möglich ist. Die Einbahnstraßen im Majakowskiring bleiben erhalten.

Patrizia Flores, Sprecherin für Radverkehr der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der BVV, sagt: „Durch die Poller wird der massive Durchgangsverkehr nun ferngehalten, wodurch Radfahrer sicher auf der Fahrradstraße sind und Anlieger nicht im Stau stehen müssen. Genau so soll es sein.“

Datum: 11.01.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki

**Aufregung am Schlosspark Schönhausen:** Nach einem erfolgreichen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Berlin wollte die Gesobau am Donnerstagmorgen nach jahrelangem Streit zur Tat schreiten. Sie habe eine Firma beauftragt, sofort mit den Baumfällarbeiten in den Wohnhöfen an der Kavallerstraße zu beginnen, teilte eine Sprecherin der zuständigen Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) mit. Dies wollten protestierende Anwohner verhindern, auch die Polizei war im Einsatz.

**Die Fällungen sollten den Bau der umstrittenen Geflüchtetenunterkunft** in Pankow vorbereiten. Doch daraus wurde zunächst nichts – der Bezirk schritt erneut ein. „Es konnte verhindert werden, dass die Rodungsarbeiten heute Morgen begonnen haben“, so die Sprecherin. Man habe der Gesobau einen neuen Untersagungsbescheid übergeben. **Die landeseigene Gesobau will in den begrüneten Höfen an der Kavallerstraße zwei Gebäude mit 99 Wohnungen errichten.** Diese waren zunächst als reguläre Wohnhäuser geplant, nach dem Widerstand von Anwohnern und aus der Pankower Lokalpolitik sollen sie nun per Sonderbaurecht als Geflüchtetenunterkünfte errichtet werden. Dafür müssen nach Rechnung der Initiative „Grüner Kiez Pankow“ 66 Bäume gefällt werden. Die Gesobau spricht dagegen von 36 Bäumen.

**Pankows Umwelt- und Naturschutzamt** hatte der Gesobau diese Rodung von Bäumen und Sträuchern im Oktober kurzfristig untersagt. Die geplanten Baumfällungen bedrohen demnach geschützte Vogel- und Fledermausarten – darunter den Großen Abendsegler, die Zwergfledermaus, die Mückenfledermaus und die Breitflügelfledermaus. **Einem Eilantrag gegen diese Untersagungsverfügung** gab das Verwaltungsgericht Berlin am Mittwoch statt. Das vom Bezirk verhängte generelle Fällverbot für Bäume sei „voraussichtlich rechtswidrig“, hieß es zur Begründung. Zwar dürfe Pankows Naturschutzbehörde „nach dem Bundesnaturschutzgesetz die zur Einhaltung naturschutzrechtlicher Vorschriften erforderlichen Maßnahmen ergreifen“.

**Der Bezirk habe aber mit dem Fällverbot auf unbestimmte Dauer** „eine denkbar weitreichende Maßnahme gewählt, ohne weiter darzulegen, welche konkreten Maßnahmen zur Aufklärung und Bewertung des Sachverhalts sie zu ergreifen gedenke und wieviel Zeit sie hierfür benötige“. Das sei unverhältnismäßig – auf diese Weise werde das Bauprojekt „auf unbestimmte Zeit verzögert bzw. möglicherweise gänzlich vereitelt“.

**Der Bezirk hält sein Vorgehen dennoch weiterhin für rechtmäßig.** Nach seiner Ansicht hätte sich die Gesobau mit dem sofortigen Beginn der Baumfällarbeiten strafbar gemacht. Denn es sei „unabhängig vom Ausgang des Verfahrens“ gemäß Naturschutzgesetz verboten, „wild lebende Tiere an ihren Überwinterungs- und Ruheplätzen zu stören“. Von den geplanten Rodungsarbeiten seien „gegebenenfalls in den Höfen überwinternde Vögel und Fledermäuse direkt betroffen“.

**Außerdem habe die Gesobau** bisher nicht ausreichende Kompensationsmaßnahmen wie Ersatznistkästen veranlasst. Genauere Angaben machte der Bezirk nicht – noch immer ist die artenschutzrechtliche Prüfung des Pankower Naturschutzamtes nicht abgeschlossen. Wann genau die von der Gesobau gewünschte Ausnahmegenehmigung, die zur Rodung berechtigen würde, erteilt werden könnte, sei „derzeit nicht abschätzbar“.

**Sollte die Gesobau dennoch vorher mit den Fällungen beginnen**, wäre „mindestens eine ordnungs- bzw. strafrechtliche Verfolgung“ wegen Verstoßes gegen das Bundesnaturschutzgesetz die Konsequenz, kündigte die Behördensprecherin an. Es würden „Bußgeldzahlungen oder Freiheitsstrafen“ drohen.

**Die Gesobau reagierte zunächst nicht** auf eine Tagesspiegel-Anfrage.

**Parkverbot für E-Roller & Co.: Bezirk schafft "Abstellzonen" für Sharing-Zweiräder.** Der Bezirk Pankow schränkt das Abstellen von E-Rollern im öffentlichen Raum ein. Zum einen hat der Bezirk nach eigenen Angaben bereits in seinen Parks ein Parkverbot für Sharing-Zweiräder eingeführt: „Im öffentlichen Raum wurden No-Parking-Zones in allen Grünanlagen eingerichtet.“

**Nun wurden im öffentlichen Straßenland** zudem acht „verpflichtende Abstellplätze für Elektrokleinstfahrzeuge (EKF)“ eingerichtet. So sollen die Behinderungen für Fußgänger in Grenzen gehalten werden. Die neuen Richtlinien des Senats sehen vor, dass Fahrzeuge auf Gehwegen so abzustellen sind, dass andere nicht beeinträchtigt werden. So muss grundsätzlich eine Gehbahnbreite von mindestens 2,30 Metern freigehalten werden.

**Die Abstellflächen befinden sich allesamt in Prenzlauer Berg:**

- Stargarder Straße 5
- Stargarder Straße 72
- Oderberger Straße 36
- Oderberger Straße 54
- Oderberger Straße 2
- Schwedter Straße 52 (Ecke Oderberger Str.)
- Raumerstraße 37 (Helmholtzplatz)
- Dunckerstraße 12 (Helmholtzplatz)
- 

**Was das nun heißt**, wollten wir von der zuständigen Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) wissen. Dürfen die E-Roller künftig nur noch dort abgestellt werden – oder eben genau dort nicht mehr?

**Die Antwort ist etwas komplizierter:** Die genannten Stellen sind vom Bezirk als „Hotspot“ definiert. Hier dürfen die E-Roller laut Anders-Granitzkis Sprecherin nur in eigens geschaffenen Parkplätzen abgestellt werden. In einem Radius von 100 Metern rund um diese Stellfläche ist das Abschließen des Mietvorgangs per Ausloggen verboten und auch technisch nicht möglich. Nach 101 Metern wiederum können die Fahrzeuge wie bisher auf dem Gehweg platziert werden.

**Ob das praktikabel ist**, muss sich zeigen. Der Bezirk kündigt jedoch bereits eine Ausweitung der Hotspot-Regelung an: „Um das verkehrgefährdende Abstellen der EKF

auf den Gehwegen wirksam zu reduzieren, werden sukzessive weitere solche Abstellplätze im Bezirk geschaffen.“ Im neuen Jahr sollen weitere Abstellflächen eingerichtet werden, neben Prenzlauer Berg sind sie dann auch in Weißensee zu finden:

- Kuglerstraße Ecke Schönhauser Allee
- Sredzkistraße Ecke Schönhauser Allee (Kulturbrauerei)
- 3x Schönhauser Allee (zwischen U Eberswalder und Gleim-/Stargarder Straße)
- Eberswalder Straße am Eingang Mauerpark
- Knaackstraße 97 (Kulturbrauerei)
- An der Industriebahn gegenüber Nr. 16 (Ecke Roelckestr.)
- Liebermannstraße Ecke Berliner Allee
- Behaimstraße Ecke Langhansstraße
- Romain-Rolland-Straße (Höhe Kaufland)

**Laut Anders-Granitzki schreitet ihr Ordnungsamt** zudem „konsequent“ gegen falsch abgestellte Sharing-Zweiräder ein. Die Stadträtin berichtet, dass die Anbieter inzwischen „ihrer Pflicht, unsachgemäß abgestellte Fahrzeuge umgehend zu entfernen, überwiegend nachkommen“. Allerdings liegt hier der Teufel im Detail: Die Anbieter haben sechs Stunden Zeit, um die regelwidrig geparkten Fahrzeuge umzustellen – nachts müssen sie das gar nicht tun.

### **Justiz gegen Poller: Gericht stoppt Verkehrsberuhigung in Rosenthal.**

Durchgangsstraßen dürfen nur bei besonderen Gefahren für die Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs gesperrt werden. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Berlin einem Eilantrag stattgegeben, der sich gegen die Sperrung des Nesselwegs in Rosenthal durch Poller richtete.

**Das Bezirksamt Pankow** hatte die schmale Wohnstraße im August 2023 mit Schildern und Pollern auf halber Strecke zwischen Schönhauser und Friedrich-Engels-Straße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Zuvor hatte die Bezirksverordnetenversammlung Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs gefordert.

**Das Tempolimit auf dem beliebten Schleichweg** werde aus Sicht der Anwohner oft deutlich überschritten, die schmalen Gehwege von Autos befahren. Das gefährde Kinder auf dem Weg zur Kita oder zur Schule, hatte Verkehrsstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) den Pollerbau begründet. Die lokale CDU hatte die Anwohner unterstützt.

**Das Bezirksamt ließ daraufhin in Höhe der Straße** „An der Priesterkoppel“ die für Müllabfuhr und Rettungsdienst herausnehmbaren Poller errichten. Laut Stadträtin Anders-Granitzki sollte durch die Sperre „der Schutz der Bewohner vor Abgas- und Lärmbelastungen sowie die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs“ erhöht werden.

**Über den dagegen eingelegten Widerspruch** eines Klägers ist noch nicht entschieden, aber der Eilantrag hatte Erfolg. Nach Auffassung der Richter bestehen „ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Aufstellung der Sperrpfosten und sonstiger Verkehrsschilder“. Die nach der Straßenverkehrsordnung einzuhaltenden Vorgaben seien

nicht erfüllt. Am Nesselweg seien weder besonderer Verschleiß der Straße noch ein erhöhtes Risiko für Lärm- und Abgasbelastung der Anwohner ersichtlich. Im Nesselweg gelte Tempo 30, das – bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 22 km/h – weitgehend eingehalten werde.

**Das Bezirksamt habe die Lärm- und Abgasbelastung** nicht gemessen und „eine erhöhte Gefahrenlage nicht dargelegt“, erklärte das Gericht. Wenn es sich auf Gefahren wegen des starken Verkehrs oder des Verhaltens der Autofahrer berufe, hätte das Amt Angaben über aktuelle Verkehrs- und/oder Unfallzahlen sowie Verstöße machen müssen.

**Das Gericht verwies darauf**, dass auch die Polizei Bedenken gegen die Sperrungen hatte. Selbst ein Mitarbeiter des Bezirksamtes habe bei einem Ortstermin 2022 keine Gefährdungen festgestellt. Fazit: „Das Bezirksamt muss die Sperrung aufheben und die zu ihrer Umsetzung getroffenen Verkehrszeichen und -einrichtungen vorerst entfernen.“

**Der Bezirk kann gegen diesen Beschluss** Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht einlegen. Ob er das tut, ließ das Büro der Verkehrsstadträtin auf Anfrage offen: Man prüfe das Urteil, hieß es nur.

**Unklar ist**, inwieweit die Entscheidung auf andere Projekte zur Verkehrsberuhigung übertragbar ist. Die Bezirksämter Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg hielten sich auf Anfrage mit Einschätzungen zurück. Aus Neukölln hieß es, dass die Pankower Pollersperre etwas anderes sei als ein „Kiezblock“, wie ihn das Bezirksamt zurzeit im Reuterkiez umsetze. Dort seien bislang keine Klagen bekannt.

**Der in vielen Kiezblock-Initiativen** aktive Verein „Changing Cities“ sieht in der Gerichtsentscheidung das Resultat einer „verwaltungstechnisch unsauber umgesetzten Einzelaktion“. Die anderswo entwickelten Kiezblocks beruhten jeweils auf einem Gesamtkonzept. Auch die Verkehrsverwaltung teilte auf Anfrage mit, dass sich aus dem konkreten Fall keine allgemeinen Rückschlüsse für Kiezblocks ziehen ließen.

**Roland Stimpel**, Vorstand des Fachverbandes FUSS e.V., sieht in dem Gerichtsbeschluss „immer noch die Früchte der Verkehrsrechtszentralisierung von 1934“. Nach dem jüngsten Scheitern der StVO-Novelle im Bundesrat gelte weiter „die reichs- und jetzt bundeseinheitliche Priorisierung des durchgehenden Autoverkehrs“.

**Ein Sprecher der Verkehrsverwaltung** drückte denselben Befund diplomatischer aus: „Wir halten es durchaus für möglich, dass das Gericht anders entschieden hätte, wäre die StVO-Novelle im Bundesrat angenommen worden. Die StVO-Neuregelung sah eine erleichterte Anordnung von Verkehrsbeschränkungen zur Unterstützung der geordneten städtebaulichen Entwicklung vor. Sie forderte hierfür nicht mehr das Vorliegen einer qualifizierten Gefahrenlage, worauf sich nun die vorliegende Entscheidung beruft.“ – Text:

**Stefan Jacobs, Jörn Hasselmann**

Datum: 11.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## DIE NATUR AUF DER BANK GENIESSEN

# Drei neue Sitzmöglichkeiten am Faulen See geschaffen



Der Abgeordnete Martin Pätzold und die Pankower Stadträtin Manuela Anders-Granitzki freuen sich, dass die Bank an der Aussichtsplattform aufgestellt werden konnte. • Foto: Bernd Wähler • hochgeladen von Bernd Wähler

**Eine nagelneue Bank und einen krähensicheren Papierkorb stellten Mitarbeiter der Straßen- und Grünflächenamts Pankow kürzlich unmittelbar am Faulen See auf.**

Der Faule See liegt in einem Naturschutzgebiet genau dort, wo die Ortsteile Weißensee und Alt-Hohenschönhausen zusammentreffen. Um das Gewässer führt ein Rundweg. Von einer eigens eingerichteten Aussichtsplattform aus können Besucher die Natur beobachten. Leider gab es im Naturschutzgebiet bisher keine Sitzmöglichkeiten. „Ich bekam deshalb sehr viele Anfragen und Hinweise von Bürgern

aus meinem Wahlkreis Alt-Hohenschönhausen. Sie baten darum, dass ich mich dafür einsetze, dass hier Bänke aufgebaut werden“, berichtet Abgeordnetenhausmitglied Martin Pätzold (CDU).

Allerdings gehört der Faule See offiziell zum Ortsteil Weißensee im Bezirk Pankow. Deshalb wandte sich Pätzold an die Pankower Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) mit der Bitte, das Aufstellen von Bänken zu prüfen. Das Pankower Bezirksamt hatte im vergangenen Jahr bereits auf der Plattform mein.berlin eine Umfrage unter den Bürgern dazu gestartet, wo sie sich Bänke wünschen. Denn der Senat stellte dem Bezirk im vergangenen Jahr Mittel dafür zur Verfügung.


„Bei der Umfrage stellte sich heraus, dass viele Pankower ebenfalls gern Bänke am Faulen Seehäthen“, berichtet die Stadträtin. Deshalb wurde entschieden, dass insgesamt drei Bänke aufgestellt werden, und eine davon eben an der Aussichtsplattform.

Die Bänke kosten 1000 Euro pro Stück. „Dass sie aufgestellt werden konnten und sowohl die Weißenseer, als auch die Alt-Hohenschönhausener nun etwas davon haben zeigt, dass unsere Zusammenarbeit im Interesse der Bürger auch über die Bezirksgrenzen hinweg gut funktioniert“, freut sich Martin Pätzold zu Einweihung.

Datum: 01/2024	Medium: Bucher Bote Print
<b>Bucher Bote</b> Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft


## ■ Mehr Mülleimer gefordert

KAROW – Der Abgeordnete Johannes Kraft (MdA) fordert mehr Mülleimer für Karow. Dazu wurde das Bezirksamt Pankow in einem von ihm erarbeiteten und von der CDU-Fraktion Pankow in die BVV eingebrachten Antrag aufgefordert, sich gegenüber den Berliner Straßenreinigungsbetrieben (BSR) für die Errichtung von mehr Abfallbehältern im Karower Straßenland einzusetzen, wie etwa in der Florastraße, der Spino-lastraße sowie angrenzenden Straßen.

Datum: 01/2024	Medium: Bucher Bote Print
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Manuela Anders-Granitzki

## ■ Aufgehübscht durch Spende

PANKOW – Das Bezirksamt Pankow hat 2023 wieder großzügige Spenden von einem Pflanzencenter in Wilhelmsruh bekommen. Unverkäufliche aber intakte Ware wurde dem Straßen- und Grünflächenamt gespendet. So konnten viele Orte mit außerplanmäßigen Pflanzungen »aufgehübscht« werden. Auch der Ortsteil Buch kam Ende des Jahres in den Genuss der Pflanzenspenden und es konnten Gräsergärten neu angelegt und Hecken gepflanzt werden. Die Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, Manuela Anders-Granitzki erklärte: »Ich möchte mich, auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ganz herzlich beim Team des Pflanzencenters für diese Unterstützung bedanken. Vielen Dank für dieses unternehmerische Engagement«.

Datum: 01/2024	Medium: Bucher Bote Print
 <p>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	<p>Autor: Kristiane Spitz</p> <p>Thema: Manuela Anders-Granitzki</p>

## Gänse-Freifläche endlich eingeweiht

Das Areal an der Franz-Schmidt-Straße in Buch ist nun barrierefrei zugänglich

Ein Auläuten schien im Bucher Hochhausviertel zwischen Walter-Friedrich-Straße und Franz-Schmidt-Straße in der Luft zu liegen, als am 7. Dezember endlich die Bauarbeiten rund um das Gänse-Areal abgefahren waren und drei Protagonisten von Senat und Bezirk den Schnitt durchs rote Eröffnungsband vollzogen. Die Grünfläche mit dem kleinen, zentralen Stadtplatz inklusive bronzener Gänse­schar des Künstlers Nikolaus Bode ist nun wieder begehbar und dient als Abkürzungsweg Richtung Kaufland bzw. Bürgerhaus oder Bahnhof. Dass das sanierte Schmuckstück vor allem auch dem Verweilen dienen soll, wird wohl erst im bevorstehenden Frühling zu erproben sein. Gut zwei Dutzend Bürgerinnen und Bürger waren zum Eröffnungstermin er-

bessern, erklärte Bezirksstadtrat Cornelius Bechtler. Bezirksstadträtin Manuela Anders-Granitzki bestätigte: »Generationen sind mit den Gänsen groß geworden, aber das Gelände war kein wirkliches Schmuckstück mehr. Zwei Bürgerwerkstätten hat es 2019 gegeben, in denen Wünsche und Anregungen der Bürger nach mehr Bepflanzung und mehr Bänken aufgenommen wurden. Ende 2022 begann dann endlich die barrierefreie Neugestaltung der Anla-

**Banddurchschnitt mit (v. l.) Stadtentwicklungsadtrat Cornelius Bechtler, Bezirksstadträtin für Ordnung und Öffentlicher Raum, Manuela Anders-Granitzki, und Christian Petermann von der Senatstadtenwicklungsverwaltung.**



FOTOS: KRISTIANE SPITZ




*Besuch der Gänseplastik. Ein paar Tage nach der Eröffnung trug eine der Gänse bereits einen Schal. Es ist hier lange Tradition, die Vögel zu behäkeln...*



*Noch sitzt niemand auf der langen Bank um die Gänseplastik. Das wird sich bald ändern.*

schienen, um sich alles ganz genau anzusehen – den roten Innenbanking und den Bänken mit holzfarbenen Langbänken, den Gänseplatz, auf dem auch fliegende Gänse ins Mosaikpflaster eingelassen wurden, die zwei drehbaren Sonnenliegen, die sternförmig angelegten wasser- und luftdurchlässigen Wege, eine Wasserpumpe, das Insektenhotel, Gräser und Stauden, 15 neue Bäume... Im Frühjahr wird hier eine Krokuswiese erblühen. Es war dringend an der Zeit, dass hier etwas passierte: Die Wege in desaströsem Zustand, für geheingeschränkte Personen schwer zu passieren. Ein »Herzensanliegen« ist für die »Anwohner« gewesen, hier die Wegedefizite beseitigen zu lassen, finanziert durch das Programm Nachhaltige Erneuerung. Insgesamt 770.000 Euro dieser Fördermittel und 45.000 Euro aus dem Bezirkshaushalt sind geflossen. Ein bisschen Geld ist übrig und soll für die Querung der Franz-

Kristiane Spitz

Datum: 01/2024	Medium: Bucher Bote Print
 <b>Bucher Bote</b> <small>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</small>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

## Karow soll verkehrssicherer werden

Für mehr Verkehrssicherheit in Karow setzt sich Johannes Kraft (MdB) ein. Deshalb fordert er das Bezirksamt Pankow auf, verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen entlang des Hubertusdammes zu prüfen. Ein entsprechender Antrag wurde von der CDU-Fraktion Pankow in die BVV eingebracht. Der Hubertusdamm ist aufgrund seiner Erschließungsfunktion für die Wohngebiete im nördlichen Karow stark befahren. Auch der Bus 350 verkehrt hier. Gleichzeitig dienen die Nebenstraßen des Hubertusdammes aber Fußgängern und Radfahrern als Weg zum S-Bahnhof Karow und den dortigen Supermärkten. Der Schönerlinder Weg wird intensiv genutzt, um den Radfernweg Berlin-Usedom und das Naturschutzgebiet Karower Teiche zu erreichen. Aufgrund der schlecht einsehbaren Kreuzungsbereiche kommt es dort jedoch immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen den Verkehrsteilnehmern. Um die Sichtbeziehungen zu verbessern, sollten in der Frundsbergstraße im Bereich der Kreuzung Poller errichtet werden, welche illegales Parken künftig unterbinden. An der Kreuzung mit der Straße Am Da-

newend sollte durch die Entwidmung von Pkw-Stellplätzen eine übersichtlichere Situation geschaffen werden. Und auf der Blanchardstraße sollte ein Verkehrsspiegel im Kreuzungsbereich mit dem Schönerlinder Weg und dem Hubertusdamm installiert werden, um so für eine bessere Einsehbarkeit zu sorgen.

»Der Hubertusdamm wird täglich von vielen Fußgänger und Radfahrern passiert, um zum S-Bahnhof oder den Karower Teichen zu gelangen. Immer wieder kommt es dort zu gefährlichen Situationen. Auch die bereits erfolgte Anordnung von Tempo 30 hat keine Verbesserung der Situation herbeigeführt«, erklärt Johannes Kraft. »Das Bezirksamt sollte darum dringend geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen vornehmen und damit die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen.«

**Heizungs & Sanitär GmbH**  
**R. Trautsch**  
 Eupener Straße 4 · 13125 Berlin-Buch  
 Gashelzungsanlagen

Datum: 01/2024	Medium: Bucher Bote Print
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

## Mehr Kraft für Verkehr

Gespräch mit dem Verkehrs-  
politiker Johannes Kraft  
(MdA) über Verkehrslösungen  
für den Pankower Nordosten

**B**erlin platzt aus allen Nähten. Aber es passiert ja auch schon was: Hinter der Moschee an der Autobahnauffahrt Heinersdorf/Idunastraße/Neukirchstraße entstehen bereits 14 Häuser mit 424 Wohnungen. Am Pankower Tor soll der Bebauungsplan nun endlich im kommenden Jahr stehen, 2025 könnte dort der erste Spatenstich für das Neubaugebiet (auf Neudeutsch »Stadtquartier«) mit 2.000 Wohnungen entstehen. 15 Jahre nach den ersten Planungen. Alles Peanuts im Vergleich zu den Bauprojekten, die der Senat auf der Grünen Wiese in Blankenburg, Buchholz, Karow und Buch plant.

Allein die neuen »Stadtquartiere« Blankenburger Süden und Gewerbegebiet Heinersdorf sollen ab 2030 jeweils 4.000 Wohneinheiten inklusive Nahversorgung (Schulen, Kitas, Läden, Praxen etc.) beinhalten. Während bei der Innenstadtverdichtung in der Regel die verkehrliche und soziale Infrastruktur schon vorhanden ist – bei den beiden Beispielen oben S-Bahn, Autobahn und teilweise U-Bahn-Anschluss –, kann davon in den eher ländlichen Vororten gar keine Rede sein. Mit großem Glück findet man hier mal eine Busstation. Zu Recht haben deshalb Bürgerbewegungen und Verkehrspolitiker, darunter führend Johannes Kraft aus Karow, inzwischen Sprecher für Verkehr der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, schon seit 2019 darauf gedrängt, dass die verkehrliche Anbindung noch vor Baubeginn geklärt sein muss (»BB«-Berichte). Jetzt stellte Verkehrs-senatorin Manja Schreiner (CDU) die Pläne für eine Verkehrslösung für den Nordosten Pankows vor, die genau diese Anbindung vorsehen. »BB« sprach mit Johannes Kraft.

*Wie ist alles erreicht?*



**T**akt bis nach Bernau kämpfen wir schon seit vielen Jahren. Und der wird auch kommen. Bis es soweit ist, wird es zunächst Züge mit mehr Kapazität auf der Strecke geben. Werden die historischen Dorfkern verkehrstechnisch entlastet?

**Johannes Kraft:** Ja, zum Beispiel mit der Verkehrslösung Heinersdorf soll der Autoverkehr leistungsfähiger und sicherer aus und in Richtung Innenstadt geführt werden. Aber auch am Autobahnanschluss für Karow und Buch arbeite ich gerade. Ganz wichtig sind aber vor allem die vielen Pendler, die jeden Tag durch unsere Ortsteile fahren. Für sie sollen attraktive Umsteigemöglichkeiten auf die Offis geschaffen werden. Beispielsweise an der Bucher Straße und in Malchow. Außerdem haben wir eine Verbindung zwischen der B2 in Malchow und der A114 vorgeschlagen. Denn auch hier gilt, der Verkehr macht nicht an der Stadtgrenze halt. Das sind die Fehler, die die Vorgängerregierung gemacht hat. Wenn wir es schaffen, den Pendlern ein gutes Angebot, schnell, sicher, komfortabel und zuverlässig in die Stadt zu kommen, zu machen, dann steigen sie in die Bahn und es wird in unseren Ortsteilen deutlich ruhiger. Schauen sie sich nur die aktuelle Situation in Buch an. Das darf so nicht bleiben.

**Der Bezirk Pankow hatte in der letzten Legislaturperiode die Idee einer Drahtseilbahn forciert. Solche Bahnen stehen ja bereits in Köln, Haifa oder Sao Paulo. Was halten Sie davon?**

**Johannes Kraft:** Ich halte davon wenig, zumindest in unserer Region. Ganz abgesehen von der Beförderungskapazität, wo sollte denn eine solche Seilbahn lang fahren. Zwischen den Häusern in Buch, über die Häuser in Karow mit direktem Blick ins Schlafzimmer oder in den Garten? Ich bin da skeptisch. Vorstellbar sind Seilbahnen für mich dort, wo aktuell Fahren fehlen. Aber das ist am anderen Ende der



**Abb. 1: STEP WOHNEN 2030: SENSUSVERW. FÜR STADTENTWICKLUNG/BB**

Neu geplante Stadtquartiere: A - Blankenburger Süden, B - Buch Am Sandhaus, C - Karow Süd (+ Am Teichberg, Str. 52), D - Pankower Tor, E - Elisabeth-awe, F - Alte Schäferlei. U-Bahn-Planung: 1 - Verlängerung U2 nach Fr. Buchholz; 2 - U10 von Alex über Weifensee, Malchow bis Buch; 3 - Verlängerung U9 von Oulow Str., Heinersdorf, Blankenburg bis Karow.

**Kraft:** Was ist als erstes geplant?

**Johannes Kraft:** Zunächst soll die Straßenbahnlinie M2 vom Alex über Heinersdorf in den Blankenburger Süden verlängert werden. Die Endhaltestelle wäre dann im Bereich Blankenburger Pflasterweg/Heinersdorfer Straße. Die Bauarbeiten dafür sollen parallel zum geplanten Erstbezug des neuen Quartiers bis 2030 abgeschlossen sein.

**Wer heute in dieser Gegend unterwegs ist, sieht viele Protestplakate an den Zäunen der Siedlung Blankenburg. Rot-Grün-Rot wollte die Straßenbahn durch die Anlage fahren lassen und dafür viele Gärten und Häuser zerstören. Bleiben Sie bei diesen Plänen?**

**Johannes Kraft:** Nein. Die Erholungsanlage Blankenburg wird nicht angetastet. Das ist eine ganz klare Forderung von uns. Auch eine weitere Überlastung der Kreuzung Prenzlauer Promenade/Am Steinberg wird es nicht geben, denn die Straßenbahnen werden mit längeren Zügen anstelle einer höheren Taktung verkehren. In diesem Zusammenhang soll auch die Doppelkreuzung in Blankenburg endlich umgebaut werden, um den täglichen Dauerstau dort zu vermeiden. Auch hier sind Eingriffe in die Anlage Blankenburg nicht geplant.

**Wie sollen die geplanten neuen Stadtquartiere in Karow-Süd, an der Elisabeth-Aue und der Alten Schäferei in Französisch Buchholz an den ÖPNV angebunden werden?**

**Johannes Kraft:** Zukünftig soll der Pankower Nordosten auch eine Anbindung an das Berliner U-Bahn-Netz erhalten. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 2024/25 entsprechende Mittel festgeschrieben. So laufen bereits die Vorbereitungen für eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der U9 von Osloer Straße über Pankow Kirche, Wollankstraße, Heinersdorf und Blankenburg bis nach Karow. Pankow würde so eine vernünftige Verbindung in die City West erhalten und am Kreuzungsbahnhof Pankow Kirche könnte man bequem in die U2 umsteigen.

**Und Französisch Buchholz?**

**Johannes Kraft:** Dafür wird eine Verlängerung der U2 von Ruhleben über Pankow Kirche und Niederschönhausen nach Buchholz geprüft. 2024 beginnt hierzu eine Grundlagenuntersuchung. Und auch eine neue U10 vom Alexanderplatz über Weißensee und Malchow bis nach Buch wird ab nächstem Jahr in ei-

ner Machbarkeitsstudie untersucht. Möglich wäre auch eine Verlängerung bis nach Brandenburg, so dass Pendler aus dem Umland bereits vor den Toren Berlins in die U-Bahn umsteigen könnten. Wir haben aber auch neue Transportsysteme im Blick. Zum Beispiel Magnetschwebebahnen, die viele Vorteile haben. Was wären die Vorteile und wo würde diese Magnetschwebebahn dann beginnen, wo enden?

**Johannes Kraft:** Auch hier haben wir Geld für erste Planungen in den Haushalt geschrieben, um zu prüfen, ob diese führerlos fahrenden Bahnen eine Variante sein können. Die Vorteile sind ganz klar. Eine viel kürzere Bauzeit, die Möglichkeit, Personen und Güter zu transportieren und zwar sowohl unter der Erde als auch oberirdisch. Das bietet eine enorme Flexibilität und spart am Ende Kosten. Und nicht zuletzt fahren Magnetschwebebahnen nahezu geräuschlos. Es gibt noch keine konkreten Streckenplanungen, dafür ist es noch zu früh. Aber ich kann mir gut vorstellen, dass wir eine solche Bahn zwischen dem Alex und unserem Pankower Norden verkehren lassen. Sollte auch die S-Bahn ausgebaut werden?

**Johannes Kraft:** Ja. Der Anschluss von Buchholz an die S8 aus Adlershof und Schöneeweide mit den Bahnhöfen Bucher Straße und Schönerlinder Straße findet sich ebenso in diesem Konzept. In Sachen S75 aus Lichtenberg und vom Ostkreuz gibt es zudem gute Nachrichten: ein Spatenstich für die Verlängerung von Wartenberg über Malchow zunächst bis zur neuen Station Selheimbrücke kann vermutlich schon 2025 erfolgen.

**Auf Betreiben von Bausenator Christian Gaebler (SPD) hat der Senat bereits im Juni den Rahmenplan für das Stadtquartier Am Sandhaus in Buch beschlossen. Von Ende 2024 bis 2026/27 sollen hier bis zu 2.700 Wohnungen entstehen, fußläufig zum S-Bahnhof. Allerdings fährt die Bahn hier nur alle 10 Minuten. Kann das so bleiben?**

**Johannes Kraft:** Es bleibt bei meiner Aussage, dass sich neue Wohnquartiere an der Umgebung orientieren müssen und die Infrastruktur berücksichtigt werden muss. Ich halte nach wie vor 2.700 Wohnungen für deutlich zu viel. Hierüber wird mit Senator Gaebler zu diskutieren sein. Denn wir haben ja schon heute erhebliche Probleme. Für den 10-Minuten-

**Stadt:** Bis die neuen Metrostationen und die geplanten Straßen fertig sind, vergehen noch viele Jahre. Bereits heute versinkt aber der Nordosten im Verkehrschaos. Die wenigen Straßen zwischen Blankenburg, Karow und Buch sind häufig durch Baustellen blockiert. Ausreden sind dann häufig verschiedene Verantwortlichkeiten. Auch der Autoverkehr wird ja durch die neuen Satellitenstädte wie Am Sandhaus mit Sicherheit zunehmen. Wird es denn eine Bauleitplanung geben, die dafür sorgt, dass auf einem ohnehin überstrapazierten Streckenabschnitt nicht noch mehrere andere Baustellen bearbeitet werden können?

**Johannes Kraft:** Dieses Baustellenchaos ist ein ganz wichtiger Punkt, der jeden von uns täglich nervt. Egal ob lange Bauzeiten und immer wieder neue Verzögerungen, wie an den Eisenbahnbrücken in Buch und Karow oder die vielen kleinen Baustellen der Leitungsbetriebe, wie gerade in Blankenburg und Heinersdorf. Hier muss endlich durchgegriffen werden. Das geht so nicht. Wir haben vor kurzem das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz geändert, das die Zuständigkeiten in Berlin regelt. Und es wird eine weitere Änderung geben. Außerdem haben wir im Haushalt eine strategische Baustellenkoordination festgeschrieben. Es gibt übrigens im Berliner Straßengesetz in §12 eine klare Regelung, dass eine gerade aufgegrabene Straße frühestens fünf Jahre später wieder angefasst werden darf. Das Problem: niemand hält sich daran. Das ändern wir gerade.

**Die S-Bahnen nach Nordosten sind in jüngster Zeit sehr häufig gestört. Manchmal fährt ein Schienenersatzverkehr und häufig nicht mal das. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die neuen Verbindungen dann personell und technisch wirklich regelmäßig bedient werden können?**

**Johannes Kraft:** U-Bahnen zum Beispiel sind deutlich weniger anfällig für Witterungseinflüsse und haben auch sonst viele Vorteile, was die Zuverlässigkeit angeht. Und wenn diese Bahnen autonom unterwegs sind, also führerlos, dann haben wir auch nicht die Probleme, wie aktuell im Busverkehr. Am Ende werden wir das nur dann lösen, wenn wir auch leistungsfähige Alternativen zu einzelnen Strecken bekommen. Damit legen wir jetzt los.

*Das Gespräch führte Mathias Heller*

Datum: 11.01.2024	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Thema: Dirk Stettner



## Verurteilte Straftäter Berliner CDU-Fraktionschef fordert konsequentere Abschiebungen

Dirk Stettner hält eine Verschärfung der Abschiebepaxis mit Blick auf verurteilte ausländische Straftäter für notwendig. Der CDU-Politiker macht dazu eine Reihe von Vorschlägen.

Berlins [CDU-Fraktionschef Dirk Stettner](#) hat sich für eine Verschärfung der Abschiebepaxis im Fall von schweren Straftaten ausgesprochen. In einem Positionspapier zu dem Thema, das der dpa vorliegt, heißt es: „Die CDU-Fraktion Berlin fordert die Verschärfung der bisherigen [bundesweiten Abschiebepolitik](#) für ausländische verurteilte Sexualstraftäter und eine strengere Anpassung des Aufenthaltsgesetzes des Bundes.“

Kritisch sieht [Stettner](#) etwa die bisherige Regelung, nach der Abschiebungen nicht in Staaten möglich sind, in denen dem Betroffenen Verfolgung etwa aus religiösen Gründen oder wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität droht. „Wir fordern, dass künftig wegen schwerer Sexualstraftaten, insbesondere wegen Vergewaltigung, verurteilte Ausländer grundsätzlich abgeschoben werden sollen“, heißt es in dem Papier.

Wer gravierende Straftaten mit oft lebenslangen Auswirkungen für das Opfer begehe, verwirke seinen Anspruch auf Schutz in Deutschland. „Für Schwerverbrecher, insbesondere bei Sexualstraftaten, ohne deutsche oder mit **doppelter Staatsangehörigkeit** soll daher gelten: Nach Möglichkeit die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft, Entziehung des

Aufenthaltstitels, der Duldung sowie der Vollzug der Abschiebung, keine erneute Antragstellung auf Asyl bei gleichbleibendem Sachverhalt“, heißt es in dem Papier mit dem Titel „Konsequente Abschiebung nach schweren Sexualstraftaten“.

Stettner erhofft sich eine abschreckende Wirkung

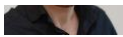
„Wer als Asylsuchender oder Ausländer nach Deutschland kommt und in schlimmster Weise gegen unsere Gesetze verstößt, der kann keine Nachsicht erwarten, wenn es dann um seine Abschiebung geht“, sagte Stettner der Deutschen Presse-Agentur am Donnerstag. „Wir reden hier von Vergewaltigern, Mördern und Totschlägern, die haben ihren Opfern auch keine Menschlichkeit zugebilligt.“

Vergewaltiger müssten abgeschoben werden, auch wenn ihnen im Herkunftsland zum Beispiel eine Strafe drohe. „Es geht auch um Abschreckung“, sagte Stettner. „Wem bewusst ist, dass er sein Aufenthaltsrecht in Deutschland nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch verspielt, wenn er eine Frau sexuell misshandelt, der überlegt es sich hoffentlich zweimal.“

Die CDU-Fraktion wird sich nach Angaben des CDU-Fraktionssprechers in der kommenden Woche mit den Vorschlägen des Fraktionschefs beschäftigen. Auch mit dem Koalitionspartner von der SPD sind sie noch nicht abgestimmt. (dpa)

# Neue CO<sub>2</sub>-Maut: Berlin droht Fluchtverkehr durch Wohngebiete

04.01.2024, 06:00 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter

Berlin. Ampel-Regierung bittet Nutzer klimaschädlicher Lkw zur Kasse. Kritiker fürchten unerwünschte Nebenwirkungen - und einen Kostenschock. Hier rangiert **Klimaschutz an erster Stelle** – und das Bedürfnis nach möglichst kostengünstigem Frachtverkehr steht hinten an: Die [neue CO<sub>2</sub>-Maut für Betreiber von Lastwagen-Flotten](#) wirkt wie ein Druckmittel. Wer jetzt noch betagte Brummis mit hohem Ausstoß von Treibhausgasen einsetzt, zahlt seit dem 1. Dezember gehörig drauf. Zuzüglich zur bisherigen Lkw-Maut wird für Transporter mit einem Mindestgewicht von 7,5 Tonnen ein ökologischer Aufschlag fällig. Pro Tonne ausgestoßenes CO<sub>2</sub> lässt die Ampelregierung **200 Euro einkassieren**.

„Ich befürchte einen Mautumfährungsverkehr durch die Nebenstraßen. Das betrifft im Pankower Norden vor allem die Dietzgenstraße, aber auch andere Bundesstraßen“, warnt **Bocian**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241137702/Neue-CO-Maut-Berlin-droht-Fluchtverkehr-durch-Wohngebiete.html>

Datum: 13.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack



**Eröffnung mit Stolperstellen**

**PRENZLAUER BERG.** Schulstadtrat Jörn Pasternack (re.) übergab im Beisein von Schulleiterin Ilka Wagnitz den symbolischen Schlüssel für die Schuldrehlscheibe auf der Werneuchener Wiese an Schulleiter Pierre Tschiche und Lehrerin Kim Küttler (li.). Was noch nicht rundläuft: Seite 3. Foto: Bernd Wähler

# Noch läuft nicht alles nach Plan

**PRENZLAUER BERG:** Neue Schuldrehlscheibe auf der Werneuchener Wiese eröffnet / Eltern kritisieren Baumängel

von Bernd Wähler

**Auf der Werneuchener Wiese, Margarete-Sommer-Straße 14, ist die zweite Schuldrehlscheibe des Bezirks eröffnet worden.**

Eine Schuldrehlscheibe ermöglicht die zügige Sanierung von Schulgebäuden bei Aufrechterhaltung des Schulbetriebs und Gewährleistung eines störungsfreien Unterrichts. Werden ihre Stammgebäude saniert, sollen die Schulen für die Dauer der Bauarbeiten in das temporäre Gebäude ausgelagert werden. Weil so ein Wechsel der Schulgemeinschaften im Gebäude stattfindet, wird es in der Verwaltungssprache „Schuldrehlscheibe“ genannt. Zunächst bietet diese Drehlscheibe dem Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium ein Zuhause, während dessen Hauptgebäude in der Eugen-Schönhaar-Straße 18 saniert wird.

Das Besondere am temporären Schulgebäude auf der Werneuchener Wiese ist, dass es aus vorgefertigten Holzmo-



**Vor der offiziellen Einweihung des Schulgebäudes forderten Eltern und Schüler die rasche Durchführung von Restarbeiten am Schulgebäude und an der Turnhalle.** Foto: Bernd Wähler

dulen errichtet wurde. Diese Bauweise trug zu einer relativ kurzen Bauzeit von etwa anderthalb Jahren bei. Auf vier Geschossen gibt es Unterrichts- und Nebenräume samt einer Mensa mit 162 Plätzen. Das Gebäude verfügt über WLAN und interaktive Whiteboards in allen Klassenräumen. Die Mensa inklusive Küche befindet sich im Erdgeschoss, Aufzüge sorgen für Barrierefreiheit.

Der Neubau bietet Platz für bis zu 800 Schüler. Neben der Schule ist eine Sporthalle errichtet worden. Tagsüber wird

sie von der Schule genutzt, abends durch Sportvereine. Auf dem Hof wurde zudem ein Außensportplatz angelegt. Die Gesamtkosten betragen 35,7 Millionen Euro.

Auch wenn das Schulgebäude inzwischen bezogen ist, läuft im Innern noch nicht alles so, wie es soll. Das kritisierten Eltern und Schüler zur offiziellen Einweihung. Elternsprecherin Bettina Bönisch moniert, dass ein Teil der Brandschutztüren nicht funktionieren. Auch eine ausreichende Be- und Entlüftung sowie eine ausreichende Beheizung seien nicht gege-

ben. Die Jalousien funktionieren nicht richtig und eine sachgerechte Verkabelung des Informatikkabinetts fände noch nicht statt.

Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) erklärt dazu, dass man die Schulleitung vor dem Umzug darauf hingewiesen hat, dass noch Nacharbeiten stattfinden. Was die Brandschutztüren betrifft, gebe es fünf Probleme – die sind allerdings auf unsachgemäße Benutzung und Vandalismus zurückzuführen. Die Baufirma sei mit der Reparatur beauftragt. Was die Belüftung betrifft, funk-

tioniert die seiner Kenntnis nach im Chemieraum nicht. Hintergrund ist, dass es Liefer-schwierigkeiten für ein Steuerungselement gibt. Sobald es geliefert ist, wird es eingebaut. In der Turnhalle ist keine Lüftungsanlage vorgesehen. Was die Beheizung betrifft, so werde das Schulhaus derzeit an Unterrichtstagen mit einer Temperatur von 23 Grad beheizt. In der Turnhalle war kurzzeitig die Fußbodenheizung ausgefallen. Sie ist repariert. Auch nicht funktionierende Jalousien seien repariert worden. Hier werden noch Einweisungen zur Bedienung durchgeführt. Was die Verkabelung im Informatikkabinett betrifft: Auch hier warte man auf eine Materiallieferung. Voraussichtlich in der 8. Kalenderwoche soll alles installiert werden, so Pasternack. „In ständigem Austausch mit dem Generalunternehmer für das Schulgebäude werden neben den Restarbeiten auch noch Steuerungsanpassungen durchgeführt, welche bei einem neuen hochechnisierten Gebäude wie diesem notwendig sind“, so der Stadtrat.

Datum: 13.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## Fast 6000 Plätze für Geflüchtete

**PANKOW.** Die Anzahl der Geflüchteten, die im Bezirk leben, nimmt zu. Derzeit gibt es 5935 Plätze in Unterkünften, berichtet die stellvertretende Bürgermeisterin Manuela Anders-Granitzki (CDU) den Verordneten. Davon sind 602 Plätze nicht belegt. Der Anteil der Minderjährigen, die vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten untergebracht sind, liegt bei 30 Prozent. Die Unterkunft in der Treskowstraße in Heinersdorf ist seit 1. Dezember zur offiziellen Erstaufnahmeeinrichtung geworden. Eine weitere neue Erstaufnahmeeinrichtung befindet sich im Generator-Hostel an der Storkower Straße. **BW**

Datum: 15.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## FÜR MEHR SICHERHEIT AN KREUZUNGEN

# Geeignete Maßnahmen für den Hubertusdamm angeregt



**Für mehr Verkehrssicherheit am Hubertusdamm will Abgeordnetenhausmitglied **Johannes Kraft** (CDU) sorgen. Aus diesem Grund fordert er das Bezirksamt auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen zu prüfen.**

Ein entsprechender Antrag wurde auf seine Initiative hin von der CDU-Fraktion in der BVV gestellt. Der Hubertusdamm ist aufgrund seiner Erschließungsfunktion für Karow Nord stark befahren. Auch der Bus 350 verkehrt hier. Gleichzeitig dienen die

Nebenstraßen Fußgängern und Radfahrern als Weg zum S-Bahnhof Karow und zu den dortigen Supermärkten.

Der Schönerlinder Weg, der den Hubertusdamm kreuzt, wird auch intensiv genutzt, um den Radfernweg Berlin-Usedom und das Naturschutzgebiet Karower Teiche zu erreichen. Aufgrund des schlecht einsehbaren Kreuzungsbereichs kommt es dort jedoch immer wieder zu gefährlichen Situationen.

### **Poller errichten**

Um die Sichtbeziehungen zu verbessern, sollten des Weiteren in der Frundsbergstraße im Bereich der Kreuzung zum Hubertusdamm Poller errichtet werden, die illegales Parken unterbinden. An der Kreuzung mit der Straße Am Danewend müsste durch die Entwidmung von Stellplätzen eine übersichtlichere Situation geschaffen werden, so Kraft. Und auf der Blanchardstraße sollte ein Verkehrsspiegel im Kreuzungsbereich mit dem Schönerlinder Weg und dem Hubertusdamm installiert werden, um so für eine bessere Einsehbarkeit zu sorgen. „Der Hubertusdamm wird täglich von vielen Fußgänger und Radfahrern passiert. Immer wieder kommt es dort wegen der schlecht einsehbaren Kreuzungsbereiche aber zu gefährlichen Situationen. Auch die bereits erfolgte Anordnung von Tempo 30 hat zu keiner Verbesserung der Situation geführt“, erklärt Johannes Kraft. „Das Bezirksamt sollte darum dringend geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbeziehungen vornehmen.“ Die Verordneten beschlossen, sich mit dem Antrag demnächst in ihrem Mobilitätsausschuss zu befassen.

Datum: 15.01.2024	Medium: Tagesspiegel
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Marlin Saadi Thema: Lars Bocian

## **„Irgendwo muss der Strom ja herkommen“: Was Menschen im Berliner Norden über Windräder in ihrer Nachbarschaft denken**

Eine Studie hat „Potenzialflächen“ für Windkraft in Berlin ausgelotet. Einer der möglichen Standorte ist Blankenfelde. Das sagen die Menschen vor Ort dazu.

Von **Marlon Saadi**  
15.01.2024, 20:03 Uhr

Kaum steht die Frage im Raum, da geht es schon etwas hitzig zu im Friseursalon von Sabine Stein. Windräder hier in Blankenfelde? „Muss dit sein? Die schreddern alles Mögliche an Wildtieren“, sagt sich die Inhaberin Frau Stein.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/irgendwo-muss-der-strom-ja-herkommen-was-menschen-im-berliner-norden-uber-windrader-in-ihrer-nachbarschaft-denken-11043676.html>

Datum: 15.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian

## GELD FÜRS SFZ

### Senat fördert Schülerforschungszentren



Lars Bocian setzt sich für die Förderung von Schülerforschungszentren ein.  
Foto: CDU Pankow/Tobias Koch

**Am Robert-Havemann-Gymnasium (RHG) an der Achillesstraße 79 ging mit Beginn des Schuljahres 2023/24 das Schülerforschungszentrum für Energie und Umwelt Pankow (SFZ) an den Start. Dafür soll es nun erstmals eine Förderung vom Senat geben.**

Träger des Zentrums am RHG ist der Verein SFZ Pankow, der für dieses Zentrum die finanziellen Mittel über Spenden einwirbt. Doch nun soll es eine reguläre Förderung für das SFZ geben. Auf Initiative des Pankower Abgeordneten **Lars Bocian** (CDU) traf das Abgeordnetenhaus eine positive Entscheidung: Erstmals stehen im neuen

Landeshaushalt finanzielle Mittel für die Förderung von Schülerforschungszentren zur Verfügung. Jährlich stehen 60 000 Euro für diese Zentren bereit.

Die nun beschlossenen Fördermittel werden ab diesem Jahr den SFZ über die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Verfügung gestellt. „Diese finanzielle Unterstützung ermöglicht es den sechs Schülerforschungszentren, ihre wichtige Arbeit weiter auszubauen und unterstreicht die Wertschätzung von ehrenamtlicher Bildungsarbeit in Berlin“, kommentiert **Lars Bocian** diese Entscheidung. „Die erstmalige Bereitstellung von Fördermitteln für unsere Schülerforschungszentren ist ein Meilenstein, der das Engagement der Stadt für Bildung und Forschung unterstreicht“, so **Bocian** weiter. „Dies ist ein wichtiger Schritt, um junge Talente zu unterstützen und das Interesse an naturwissenschaftlichen Themen zu fördern. Mit den Mitteln soll in die bereits beeindruckende Arbeit der Schülerforschungszentren intensiviert und diese ausgebaut werden.“

*Mehr zum Schülerforschungszentrum für Energie und Umwelt Pankow ist auf [www.sfz-pankow.de](http://www.sfz-pankow.de) zu erfahren.*


Datum: 18.01.2024	Medium: rbb
	Autor: Thema: Dirk Stettner



Bild: rbb [↓](#) DOWNLOAD (MP4, 126 MB)

## Dirk Stettner (CDU)

**Der Fraktionsvorsitzende warnt vor Extremismus aller Art. Es gehe jetzt um die "Grundsätze unseres Zusammenlebens", um Rechtsstaat, Demokratie und Toleranz. Der Rechtsextremismus fresse sich derzeit wie Krebs in vermeintlich bürgerliche Schichten. Die Ampelkoalition im Bund trage sicherlich zur Unzufriedenheit bei. Aber es sei jetzt nicht die Zeit für die Kritik an demokratischen Mitbewerbern. Das Bürgertum dürfe nicht wie 1933 einem Radikalen zur Macht verhelfen. Ferner stellt er klar: Wer sich mit Rechtsradikalen zu gemeinsamen Planungen treffe, habe in der Union nichts zu suchen.**

Datum: 18.01.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki, CDU-Fraktion

**Pankow will weiter Poller-Sperren einbauen** – trotz der Niederlage von Rosenthal. Das Verwaltungsgericht Berlin hatte unlängst gegen die Abriegelung des Nesselwegs geurteilt – mit der Begründung, Durchgangsstraßen dürften nur bei besonderen Gefahren für die Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs gesperrt werden.

**Das Bezirksamt Pankow** hatte die schmale Wohnstraße im August 2023 mit Schildern und Pollern auf halber Strecke zwischen Schönhauser und Friedrich-Engels-Straße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Zuvor hatte die Bezirksverordnetenversammlung Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs gefordert.

**Doch Poller-Sperren** an anderen Stellen hält der Bezirk weiterhin für statthaft – insbesondere bei Kiezblocks. Zwar hat das Verwaltungsgericht Berlin explizit den Begriff „Kiezblock“ in seiner Pressemitteilung verwendet. „Bei den vom Gericht beanstandeten Pollern handelt es sich jedoch um eine einzelne Absperrung“, entgegnet Bezirksstadtrat **Cornelius Bechtler** (Grüne). Das sei gerade kein Kiezblock mit einem umfassenden Verkehrskonzept. „Daher sehe ich nicht, dass das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlins direkt auf die im Bezirksamt Pankow laufenden Kiezblock-Planungen übertragbar ist.“

**Derzeit gibt es in Pankow einen Kiezblock:** im Komponistenviertel in Weißensee. Demnächst soll eine Beruhigung des Viertels rund um den Arnimplatz hinzukommen. Während in Weißensee zunächst noch keine Pollersperren installiert wurden, sind diese am Arnimplatz von Beginn an eingeplant. So soll die Paul-Robeson-Straße auf halber Höhe verpollert werden, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

**Bechtler hält diese Planungen für rechtskonform.** Sie seien „auf Basis einer umfangreichen Bestandsanalyse des Planungsraums mit der entsprechenden Verkehrsbelastung sowie Unfallstatistiken erstellt“ worden: „Insoweit sind wir sicher, dass die Planungen entsprechend gerichtsfest sind.“

**Im Nesselweg allerdings wird die Sperre verschwinden.** Man habe sich „nach eingehender Beratung“ gegen eine Beschwerde beim Obergericht Berlin-Brandenburg gegen das Urteil entschieden. Das teilte die für das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) mit. „Persönlich bedauere ich sehr, dass die von der BVV Pankow beschlossene und von den Anwohnern als große Erleichterung empfundene Lösung zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs beklagt wurde und einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten konnte.“

**Die Verkehrsberuhigung in „reinen Anwohnerstraßen“** bleibe für das Bezirksamt aber „selbstverständlich weiter ein wichtiges Ziel“. In einem ersten Schritt solle die bereits

vor Ort errichtete Querungshilfe für Fußgänger für mehr Verkehrssicherheit im Nesselweg sorgen.

**Eine weitere Pollersperre** befindet sich in der Fahrradstraße Ossietzkystraße. Dort hat der Bezirk unlängst die Durchfahrt zum Majakowskiring abgeriegelt. Allerdings liegen dieser Maßnahme Verkehrszählungen zugrunde, die hunderte illegale Autodurchfahrten pro Tag nachwiesen.

**Eine ähnliche Sperre plant das SGA** aus denselben Gründen in der Fahrradstraße Stargarder Straße in Prenzlauer Berg. Hier will man möglichen juristischen Problemen nun von vornherein aus dem Weg gehen. Um die Pollerreihe auf Höhe der Gethsemanekirche zu errichten, könnte ein Teil der Straße für den Autoverkehr entwidmet werden. „Das Bezirksamt prüft zurzeit, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des Modalfilters mittels straßenrechtlicher Teileinziehung nach Paragraf 4 des Berliner Straßengesetzes geschaffen werden können“, so **Anders-Granitzki**.

**Der Paragraf ermöglicht die Teileinziehung** einer Straße zur „Beschränkungen auf bestimmte Benutzungsarten“ und „zur Realisierung von Maßnahmen der Verkehrslenkung und Verkehrsberuhigung“. Dann könnten „bestimmte Verkehrsarten auf Dauer (...) ausgeschlossen werden“ – in diesem Fall der Autoverkehr.

**Das Ringen um die umstrittene Geflüchtetenunterkunft** in der Kavaliertstraße geht in die nächste Runde. Das Bezirksamt Pankow hat auf die juristische Niederlage in der vergangenen Woche vor dem Verwaltungsgericht Berlin reagiert und Beschwerde gegen das Eil-Urteil eingelegt. Damit ist klar: Bis Mitte Februar werden erstmal keine Bäume für den Neubau gefällt.

**Die landeseigene Gesobau will in den begrünten Höfen an der Kavaliertstraße zwei Gebäude mit 99 Wohnungen errichten.** Diese waren zunächst als reguläre Wohnhäuser geplant, nach dem Widerstand von Anwohnern und aus der Pankower Lokalpolitik sollen sie nun per Sonderbaurecht als Geflüchtetenunterkünfte errichtet werden.

**Pankows Umwelt- und Naturschutzamt** hatte der Gesobau die dafür nötige Rodung von rund 40 Bäumen im Oktober kurzfristig untersagt. Die geplanten Baumfällungen bedrohen demnach geschützte Vogel- und Fledermausarten – darunter den Großen Abendsegler, die Zwergfledermaus, die Mückenfledermaus und die Breitflügelfledermaus.

**Das Verwaltungsgericht** hatte die zeitlich unbefristete Untersagung vergangene Woche jedoch als „offensichtlich rechtswidrig“ und „unverhältnismäßig“ verworfen. Das Pankower Bezirksamt wiederum hatte das Eil-Urteil nicht akzeptiert und der Gesobau am 10. Januar eine erneute Untersagungsverfügung unter Androhung eines Strafverfahrens bei Zuwiderhandlung zukommen lassen. Dagegen geht die Gesobau nach Aussage des Verwaltungsgerichts in einem weiteren Eilverfahren vor.

„**Die neue Untersagungsverfügung** geht auf den Beschluss des Verwaltungsgerichtes ein und untersetzt die alte Untersagungsverfügung“, teilte eine Sprecherin der zuständigen Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) auf Nachfrage mit.

**So soll durch die Setzung einer konkreten Prüffrist** für die artenschutzrechtliche Prüfung der Hauptkritikpunkt des Gerichts am Vorgehen des Bezirks entkräftet werden.

Bis Mitte Februar will Pankow der Gesobau nun mitteilen, ob die Fällung im Winter erlaubt ist oder ob die Winterquartiere der geschützten Arten dies vorerst verhindern:

„Geplant ist der 16. Februar.“

**Parallel dazu hat der Bezirk** zudem Beschwerde gegen das Urteil eingelegt, die vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verhandelt wird. „Das OVG wird zumindest nicht vor Ablauf der Beschwerdebegründungsfrist entscheiden“, so die Bezirks-Sprecherin. Diese Frist ende am 10. Februar.

**Die Gesobau hat inzwischen angekündigt**, die juristische Klärung auf jeden Fall abwarten zu wollen, bevor sie einen neuen Rodungsversuch unternimmt. Bis zu einer Entscheidung durch Verwaltungs- oder Oberverwaltungsgericht „haben wir zugesagt, auf dem Vorhabengrundstück keine Baumfällungen durchzuführen“, teilte Firmensprecherin **Birte Jessen** mit. – Visualisierung: Gesobau/Zoomarchitekten Berlin

**Windräder im Bucher Forst? Senatsstudie spaltet Bezirkspolitik.** Neue Windräder für Pankow – das Thema erhitzt die Anwohnerschaft und die Lokalpolitik. Die Studie der Senatsverwaltung für Energie hat jüngst 31 Potenzialflächen in Berlin ermittelt, auf denen in Zukunft Windanlagen gebaut werden könnten. Gleich sieben davon befinden sich in Pankow:

- Blankenfelde – nördlich des Botanischen Volksparks Blankenfelde
- Blankenfelde – am Fuße der ehemaligen Deponie Arkenberge
- Buch – Innenbereich des Autobahndreiecks Pankow
- Buch/Französisch Buchholz – Landwirtschaftsflächen/Gewerbegebiet östlich der Autobahn-Auffahrt Schönerlinder Straße sowie nördlich der A10
- Buch – Landwirtschaftsflächen zwischen Brendegraben und Schönerlinder Straße
- Buch – Bucher Forst
- Stadtrandsiedlung Malchow – Fläche am Luchgraben nördlich Bundesstraße 2

**Deutliche Kritik an der Standortauswahl** kommt dabei aus der **CDU-Fraktion**. Sie lehnt speziell eine Inanspruchnahme von Flächen rund um den Bucher Forst ab. In einem BVV-Antrag fordert sie stattdessen, einen Kompensations-Vertrag mit dem Land Brandenburg abzuschließen. Pankow leiste mit seinen Windkraftträdern „bereits heute einen erheblichen Beitrag zur Nutzung von Windenergie“.

**Das Areal im Bereich des Bucher Forstes** und der Bogenseekette zeichne sich „durch eine hohe Artenvielfalt und einen hohen floristischen und faunistischen Wert aus“. Diese hohe Qualität des Naturraums müsse erhalten werden.

**Auch die FDP hält den Ausbau erneuerbarer Energien für notwendig**, sieht jedoch „zahlreiche Konfliktpotenziale“ durch neue Windräder. „Berlin braucht andere Konzepte als ein Flächenland wie unser Nachbar Brandenburg“, erklärt der Bezirksverordnete **Oliver Simon**. Fünf der sieben aufgeführten Standorte hätten „sehr hohes Konfliktrisiko“.

Auf Baupotenzialflächen rund um Blankenfelde sei der schnelle Bau für „einige wenige Windräder“ am realistischsten. Andernorts sieht Simon hingegen Pankows „einzigartige Landschaftsschutzgebiete und Biotope mit geschützten Vogelarten“ bedroht. Diese hätten eine besondere Bedeutung und dürften nicht zur Disposition gestellt werden.

**Beim Bucher Forst** „sehen wir weniger in den Windrädern selbst das Problem“, so Simon. Windkraftanlagen hätten jedoch einen großen Umfang, mit Fundamenten, Anfahrten und Sicherheitsabständen. Hier werde „der Waldcharakter wesentlich gestört“.

**Auch die Ausweisung der Fläche Buchholz-Nord** für Windräder lehnt die FDP ab. Dort ist ein Gewerbegebiet geplant, „mit dem landesweit bedeutsamsten Potenzial von hoher wirtschaftspolitischer Bedeutung“. Die Planung dazu dürfe nicht „weiter im Vorfeld mit Planungen von Windkraftanlagen mit einer Höhe von über 200 Metern belastet sein“.

**Klar hinter den Plan für neue Windräder** in Pankow stellte sich die BVV-Fraktion der Grünen. „Wir halten die Energiewende für unbedingt notwendig“, sagte die Fraktionsvorsitzende **Almuth Tharan**. „Deswegen befürworten wir die Prüfung und den Bau neuer Windräder in Pankow.“

**Allerdings sei die Studie eben ledig**

**ich eine Studie**, „damit ist noch keine Baugenehmigung erteilt“. Ob die genannten Standorte wirklich für neue Windräder geeignet seien, müsse im Genehmigungsverfahren entschieden werden. Geprüft werden müssten etwaige Konflikte in einem Landschaftsschutzgebiet und Artenschutzaspekte.

**Zuspruch kommt auch aus der Linksfraktion**. Frühere Studien hätten den Norden Pankow als „windhöffigste“ Region Berlins ausgewiesen, sagt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Wolfram Kempe**. Das bedeutet, dass dort ein besonders hohes durchschnittliches Windaufkommen existiert.

**Auch mit dem Bau von Windrädern** in Landschaftsschutzgebieten hat Kempe kein Problem. „Die Flächen des LSG Blankenfelde sind überwiegend im Eigentum des Landes und werden landwirtschaftlich genutzt, was der Errichtung von Windkraftanlagen nicht entgegensteht.“

**Ob man auf Flächen des Bucher Forstes zurückgreifen müsse**, „bleibt angesichts ausreichend vorhandener anderer Flächen dahingestellt“, so Kempe. „Allerdings könnte

dort die Errichtung von Windrädern einen willkommenen Impuls zum Umbau von anfälligen Kiefern-Monokulturen zu widerstandsfähigerem Mischwald geben.“

**Wichtig sei in jedem Fall**, die angrenzende Wohnbevölkerung schon in die Planung einzubeziehen „und nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen“.

**Es schält sich also heraus:** Rund um das Dorf Blankenfelde sind neue Windräder am wahrscheinlichsten. Was die Anwohner dazu sagen, hat mein Kollege **Marlon Saadi** in seinem Artikel aufgeschrieben.

Datum: 20.01.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Hönicke Thema: Johannes Kraft



**T+** **Berlins Winterdienste haben Bewährungsprobe nicht bestanden** Fußgänger fordern eine grundlegende Reform

Immer, wenn der Winter mal Ernst macht, klappt das Räumen nicht überall. Experten wissen, wie es besser gehen könnte, doch die Angst vor einem Systemwechsel ist groß.

Der letzte richtige Winter liegt schon lange zurück. 2010 versank Berlin monatelang in Schnee und Eis, die Räumdienste konnten erst dem Schnee, dann dem Eis wenig entgegensetzen. Die Politik geriet unter Handlungsdruck und einigte sich neun Monate später auf ein verschärftes Winterdienstgesetz. Bewähren konnte es sich nicht, denn der Winter schaute fortan nur noch sporadisch vorbei.

Johannes Kraft, Verkehrsexperte der CDU, findet eine Reform des Winterdienstes zumindest „nachdenkenswert“, aber es müsste eine rechtssichere Lösung dabei herauskommen. „Wichtig ist, dabei den Markt nicht zurückzudrängen“, also der BSR nicht ein Monopol für den Winterdienst einzuräumen.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/berlins-winterdienste-haben-bewahrungsprobe-nicht-bestanden-fussganger-fordern-eine-grundlegende-reform-11075731.html>

Datum: 24.01.2024	Medium: Berliner Morgenpost Online
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Manuela Anders-Granitzki

GROSSE FUSSWEG-KONTROL

# „Sie lügen!": Wie das Ordnungsamt Radler auf Gehwegen stoppt

24.01.2024, 16:00 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten

Von **Thomas Schubert**

Wilde Diskussionen um ein drohendes Verwarngeld von 25 Euro: Nach Beschwerden über Radfahren auf Bürgersteigen startet das Ordnungsamt Pankow eine Offensive, die längst nicht jedem gefällt.

© Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Radfahren auf Fußwegen ist kein Kavaliersdelikt. Pankows Ordnungsamt startet eine Gegenoffensive – und muss sich böse Worte anhören.

Gleich in der ersten Minute der erste „Treffer“: Ein Herr mit buntem Norweger-Pullover und gelber Mütze steigt erschrocken vom Rad. Zu spät. **Drei Kräfte des Pankower Ordnungsamts** nähern sich von drei Seiten, schneiden ihm den Weg ab. „Sie haben unerlaubt den Gehweg befahren. Wir müssen Ihnen leider ein Verwarngeld berechnen“, verkündet ein stämmiger Uniformträger mit Bass-Stimme.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

[https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241495178/Sie-luegen-Wie-ein-Ordnungsamt-verirrte-Radfahrer-stoppt.html?utm\\_source=+CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=21-12-2022+NL+Morgenpost&utm\\_content=Mailing\\_15063441](https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241495178/Sie-luegen-Wie-ein-Ordnungsamt-verirrte-Radfahrer-stoppt.html?utm_source=+CleverReach+GmbH+%26+Co.+KG&utm_medium=email&utm_campaign=21-12-2022+NL+Morgenpost&utm_content=Mailing_15063441)

Datum: 24.01.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Checkpoint
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Latz Thema: Sibylla Knebel

Die CDU Pankow ist derzeit den wahren Problemen des Bezirks auf der Spur: Die Lagepläne am Bezirksamt sind zu klein! „Um den Besuchern die zeitraubende Suche nach dem richtigen Bezirksamtshaus zu ersparen“, sollten endlich größere Dinger her – fordert die Partei in einem Antrag. „Zwar befinden sich in den Schaukästen teilweise bereits Lagepläne“, kommentiert die Verordnete **Sibylla Knebel**, „aufgrund der geringen Größe scheinen diese von vielen Besuchern aber nicht neben der Vielzahl weiterer Aushänge wahrgenommen zu werden“. Klassisches Berlin-Problem: Immer zu viel los.

Datum: 25.01.2024	Medium: Tagesspiegel Newsletter Pankow
<b>TAGESSPIEGEL</b>	Autor: Christian Hönicke Thema: Denise Bittner, Manuela Anders-Granitzki, Sascha Groß

**der Notunterkunft des Vereins „Strassenfeger“ droht die Schließung.** Im landeseigenen Gebäude in der Storkower Straße 139 in Prenzlauer Berg übernachten jährlich fast 11.000 obdachlose Menschen. Doch das Haus soll saniert werden – und der Verein soll ausziehen. Einen Ausweichstandort gibt es bisher nicht.

**Immerhin hat sich nun die Frist verlängert.** Die Sanierung verschiebt sich – statt im Juli soll das Haus erst Ende 2024 leergezogen werden. Das teilte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mit, das die Immobilie vermietet.

**Die Notübernachtung mit 30 Schlafplätzen** existiert seit acht Jahren. Damals beauftragte der Senat den Verein mit der ganzjährigen Versorgung obdachloser Menschen. **Die Lokalpolitik drängt nun darauf**, dem Strassenfeger (Eigenschreibweise mit Doppel-s) einen Ausweichstandort zur Verfügung zu stellen. Das Bezirksamt hatte dazu bereits erklärt, dass die Verantwortung dafür beim Land Berlin liege. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschloss am Mittwoch auf Antrag von Grünen, Linkspartei und FDP, der Bezirk solle den Verein dennoch unterstützen. **Das Bezirksamt soll sich auf Landesebene** dafür einsetzen, dass die Suche nach einer Ersatzimmobilie „intensiviert“ wird. Zudem soll das Bezirksamt selbst die „Verfügbarkeit von bundes-, landes- oder bezirkseigenen Immobilien“ prüfen und dem Strassenfeger Unterstützung „bei Kontaktaufnahme und Verhandlungen mit privaten Immobilieneigentümern“ anbieten.

**„Wenn kein neuer Ort für die Notunterkunft gefunden wird**, fallen nicht nur etliche Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose weg, sondern der ganze Verein stünde vor dem Aus“, sagte die Grünen-Verordnete **Helene Bond**. „Die Obdachlosenunterkünfte in Berlin platzen ohnehin schon aus allen Nähten, wenn jetzt auch noch der Strassenfeger wegfällt, wäre das dramatisch.“ Der Verein sei „eine sehr wichtige Institution für Pankow und ganz Berlin – und er würde auch gern in Pankow bleiben“.

**Der Beschluss sei ein Signal der Unterstützung aus der BVV**, sagte die CDU-Fraktionsvorsitzende **Denise Bittner**. Ihren Worten nach „läuft bereits viel auf Landesebene, nur es gibt noch kein Ergebnis“. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass die Notunterkunft gerettet wird: „Ich glaube, man ist auf einem guten Weg, eine Lösung zu finden.“

**Auch im Abgeordnetenhaus** ist man inzwischen alarmiert. Der SPD-Politiker **Tino Schopf** freut sich zwar, dass nun etwas mehr Zeit für die Suche nach einer

Ersatzimmobilie bleibt. Aber mit dem drohenden Auszug Ende 2024 werde der Strassenfeger „vor neue Herausforderungen gestellt“. Ein Auszug im Winter sei „keine Option“.

„**Hier erwarte ich, dass der Senat alles unternimmt**, um die Fortsetzung dieser wichtigen Arbeit zu gewährleisten“, so Schopf. Er regt als Notlösung eine temporäre Einmietung in das benachbarte Hostel „Generator“ an.

**Ossietzkystraße: Erster Poller weg, Bezirk rüstet auf.** Die Ossietzkystraße hat nun dickere Poller. „Die provisorische Bake wurde durch einen neuen Sperrpfosten mit fester Verankerung ersetzt, um das Durchfahren zu verhindern“, teilte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU) mit.

**Zuvor war der mittlere Pfosten verschwunden** – nur wenige Tage, nachdem die Sperre gegen den Auto-Durchgangsverkehr auf der Fahrradstraße an der Kreuzung Majakowskiring installiert worden war. Nach Beobachtung von Anwohnern ist vermutlich jemand gegen den mittleren Sperrbalken gefahren, so dass dieser abknickte. Danach habe sich das wohl „herumgesprochen“, so dass zunehmend Fahrzeuge dort hindurchfahren. **Anders-Granitzki tadelte die motorisierten Durch-Schlüpfer** in scharfen Worten. Es handle sich „um vorsätzliches, strafbares Fehlverhalten einzelner Verkehrsteilnehmer“ – auch unabhängig vom „Modalfilter“ sei das Befahren per PKW dort seit Einrichtung der Fahrradstraße 2020 „nur noch ausnahmsweise Anliegern“ gestattet.

**Dennoch hat das Amt nach- und aufgerüstet.** Mal sehen, ob der Poller-Kampf damit beendet ist oder auch das neue Modell bald wieder verschwindet.

**Debatte um neue Windräder: CDU scheitert mit Vorstoß zum Bucher Forst.** Die Windrad-Debatte geht weiter. Ob und wo genau denn neue Windkraftanlagen im Bezirk entstehen könnten, darüber gehen die Meinungen in der Lokalpolitik auseinander. Insbesondere die Frage, ob der Bucher Forst dafür ein geeigneter Ort ist, stand am Mittwochabend auf der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Mittelpunkt. Das Waldgebiet im Norden Pankows ist einer von sieben potenziellen Standorten für Windkraftanlagen, die eine Senatsstudie jüngst im Bezirk aufgelistet hatte.

**Die CDU hatte daraufhin einen Antrag eingereicht**, den Bucher Forst, die Bogenseekette und den Naturpark Barnim von Windrädern auszusparen. „Der Flächenbedarf für ein Windrad beträgt ungefähr einen halben Hektar, dafür wären eine ganze Menge Rodungen nötig“, sagte Fraktionschefin **Denise Bittner**.

**Dafür erntete sie jedoch teils heftigen Widerspruch.** Man könne auf keinen Fall einzelne Flächen per se ausschließen, kritisierte **Marc Lenkeit** von der SPD. Der Bucher Forst sei auch kein Hort des Artenreichtums, sondern von Monokultur geprägt. Man könne die Errichtung von Windkraftanlagen als Chance nutzen, ähnlich wie in anderen Regionen den Waldumbau in Mischwälder voranzutreiben.

**Auch Linkspolitiker Wolfram Kempe** sieht im Bucher Forst vorrangig „Fichtenmonokulturen, die uns sowieso demnächst abbrennen“. Er warf der CDU vor, nach dem „St.-Florians-Prinzip“ zu handeln und den Windkraftausbau an andere abschieben zu wollen: „Es gibt keinen vernünftigen Grund, den weiteren Ausbau der Windenergie im Norden Pankows zu beschränken.“

Als „**in weiten Teilen Quatsch**“ bezeichnete der Grünen-Verordnete **Christoph Göring** den CDU-Vorstoß: „Es geht Ihnen im Antrag nicht um den Bucher Forst oder den Naturschutz, sondern im Kern um die Ablehnung von weiteren Windkraftanlagen in Pankow allgemein.“

**Zuspruch bekam die CDU nur von der FDP.** Nicht umsonst sehe die Senatsstudie in Pankow hohe Konfliktrisiken durch gefährdete Natur, erklärte **Oliver Simon**. „Meine Sorge ist: Der Bucher Forst wird dann kein Wald mehr sein. Da werden nur noch einzelne Bauminseln übrig bleiben.“

**Am Ende der Debatte wurde der CDU-Antrag** deutlich abgelehnt. Allerdings einigten sich die Fraktionen darauf, das Thema Windenergie und geeignete Standorte schnellstmöglich und „in angemessener Form“ (Göring) in den zuständigen BVV-Ausschüssen zu besprechen.

**Schule im alten Kinderkrankenhaus: Bezirk will heruntergekommenes Denkmal erhalten.** Die Ruinen des ehemaligen Kinderkrankenhauses Weißensee sollen nicht abgerissen werden, sondern erhalten bleiben – und zur Schule umgebaut werden. Das beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am Mittwochabend.

**Das Bezirksamt soll sich erneut beim Senat** dafür einsetzen, dass das Gelände an der HansasträÙe „zügig zu einem Campus für eine Gemeinschaftsschule“ gestaltet wird. Das forderte die BVV schon mehrfach, doch nun kam ein Detail hinzu: „Dabei soll der denkmalgeschützte Gebäudebestand des ehemaligen Krankenhauses instandgesetzt und für schulische Zwecke genutzt werden.“ Auch die neu zu errichtenden Gebäude „sollen sich in das Denkmalensemble und den wertvollen Baumbestand einfügen“.

**Das Krankenhaus in Weißensee ist nach langem Leerstand** 2022 an die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) übertragen worden. Allerdings verfällt der Bau immer weiter, obwohl eine Machbarkeitsstudie schon vor Jahren zum Schluss kam, der Schulbau sei dort möglich. Seit Sommer 2020 wartet der Bezirk nach eigenem Bekunden darauf, dass der Senat den Baubeginn bekannt gibt.

**Bereits vor zwei Jahren** forderten die Bezirksverordneten per Beschluss, „schnellstmöglich“ mit dem Schulbau zu beginnen. Nun bekräftigte die BVV dies –

formulierte dabei aber explizit den Wunsch, die alten Gebäude und den Park mit dem mehr als 100 Jahre alten Baumbestand zu erhalten.

**Darauf hatten sich die Fraktionen** schon vorab im Stadtentwicklungsausschuss geeinigt. Das Bezirksamt habe anhand der Studie dargelegt, dass der Schulbau „unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes möglich ist“, sagte der Ausschuss-Vorsitzende **Sascha Groß** (CDU). Der neue Beschluss „bedeutet eine Abkehr der bisherigen Haltung der BVV, eine Schule auch ohne die Berücksichtigung des Denkmalschutzes einzurichten“. Die Schule so auf dem Grundstück zu planen, „dass das Denkmal erhalten bleibt und zusätzliche Gebäude so zu planen, dass der Gesamteindruck erhalten bleibt, ist ein lohnendes Ziel“, erklärte Groß. / Foto: Imago/Jürgen Ritter

VERKEHRSPROJEKT ILLEGAL

# Pankows verbotene Poller – so hoch waren die Kosten

25.01.2024, 12:30 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten



Poller-Sperre durch Klage gestoppt: Das Bezirksamt Pankow gibt sich nach einer Gerichtsniederlage geschlagen – schmeißt die Pfosten aber nicht weg.

© Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Berlin. Autofahrer klagen freie Fahrt durch Pankower Wohnstraße ein. Der Bezirk baut die Poller ab. Und sagt, was der Fehlversuch gekostet hat.

Das war's dann mit der Poller-Sperre. Im Nesselweg, einer ruhigen Wohnstraße im Pankower Ortsteil Rosenthal, bekommen Autofahrer wieder freie Fahrt. Drei

rot-weiß lackierte Pfosten zwangen sie monatelang zur Umkehr – aber sie hielten einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin nicht stand.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article241500986/Pankows-verbotene-Poller-so-hoch-waren-die-Kosten.html>

Datum: 27.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Jörn Pasternack

# „Das ist ein Skandal“

**PANKOW:** BVV-Beschluss zur Rekommunalisierung der Schulreinigung wird nicht umgesetzt

von Bernd Wähler

**Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschloss vor mehr als drei Jahren „Schritte zur Kommunalisierung der Schulreinigung“. Doch aus dieser Kommunalisierung wird wohl nach Stand der Dinge nichts.**

Hintergrund für diesen Beschluss war die massive Kritik von Schulgemeinschaften an der Qualität der Schulreinigung. Zum anderen wurden die schlechten Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte kritisiert. Der Impuls zur Rekommunalisierung der Schulreinigung war von Pankower Eltern und Lehrkräften ausgegangen. 1784

Unterschriften an 17 Schulen waren für den Einwohnerantrag „Saubere Schulen“ gesammelt worden. Am 13. Mai 2020 mündete dieser in einem eindeutigen Beschluss der BVV. Mit Pankow stimmte damals der dritte von acht Bezirken für eine Rekommunalisierung der Schulreinigung und eine Tagesreinigung als Sofortmaßnahme.

In der BVV-Drucksache „Schritte zur Kommunalisierung der Schulreinigung“ wird laut Schlussbericht des Stadtrats für Facility Management, Jörn Pasternack (CDU), der Vorgang geschlossen. Die Linksfraktion kritisiert, dass damit offenbar die Rekommunalisierung der Schulreinigung im Bezirk beer-

digt werden solle. „Pankow hat die Rekommunalisierung der Schulreinigung 2020 beschlossen und dafür gesorgt, dass Pankow neben Neukölln und Tempelhof-Schöneberg einer der drei Pilotbezirke für die Rekommunalisierung der Schulreinigung werden sollte“, erklärt Paul Schlüter, schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion. Dass der einstimmig gefasste Beschluss der BVV nun ignoriert werde, sei ein Skandal, so Schlüter.

Das Bezirksamt begründet seine Ablehnung jetzt damit, dass gemäß dem Ergebnis des Abschlussberichts der Arbeitsgruppe unter Federführung der Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie vom August 2021 die Durchführung der Rekommunalisierung durch einzelne Bezirke weder sinnvoll noch wirtschaftlich sei.

Die Schließung des Vorgangs mit dem Schlussbericht an die BVV ebne nun den Weg zu weiteren Unterbietungswettbewerben auf unabsehbare Zeit, heißt es aus der Linksfraktion. Dies gehe zu Lasten vieler prekär beschäftigter Reinigungskräfte, der Schüler und der an den Schulen Beschäftigter, die weiterhin unsauberen Lern- und Arbeitsumgebungen ausgesetzt sind. Ein solcher Vorgang sei unverantwortlich und nicht hinnehmbar, so das Fazit der Linksfraktion.

Datum: 27.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

## Senat wirbt fürs Gipsrecycling

**BERLIN.** Die Umweltverwaltung wirbt mit einem Infolyer für das Gipsrecycling und die sieben Annahmestellen, in denen Baufirmen Gipskartonplatten und andere faserfreie Gipsakustikplatten abgeben können. Seit Beginn dieses Jahres dürfen Gipsabfälle, sofern sie schadstofffrei sind, nicht mehr auf Deponien abgegeben werden. In Berlin fallen beim Neubau, bei der Sanierung oder beim Rückbau von Gebäuden jedes Jahr etwa 30 000 Tonnen Gipsabfälle an. Bis vor wenigen Jahren landeten diese Abfälle ausschließlich auf Deponien. Seit 2014 wird in Großpösna nahe Leipzig aus gipshaltigen Abfällen Recyclinggips hergestellt, aus dem unter anderem neue Gipsprodukte werden. Durch das Recycling kann der einmal abgebaute Naturgips mehrfach wiederverwendet werden. „Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Gips ist unter diesem Aspekt ein idealer Baustoff, der nicht auf die Deponie gehört, sondern immer wieder in den Stoffkreislauf“, wirbt Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU) für die „Zero-Waste-Hauptstadt“. Der Flyer mit den Annahmestellen kann im Internet kostenlos auf <https://bwurl.de/19ti> heruntergeladen werden. **DJ**

Datum: 29.01.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manja Schreiner

## ABSCHLUSS IN DER ADAMSTRASSE

### Der letzte Laternenladepunkt




- Manja Schreiner bei der Eröffnung des Laternenladepunkts mit Spandaus Baustadtrat Thorsten Schatz (CDU).
- Foto: Bezirksamt Spandau
- hochgeladen von [Thomas Frey](#)

**An der Adamstraße 27/28 ist am 24. Januar der letzte Ladepunkt im Rahmen des Forschungsprojekts "ElMobileBerlin" eingeweiht worden.**

Die E-Zapfsäulen wurden an Laternen eingerichtet. Und zwar insgesamt 825 in den vergangenen eineinhalb Jahren. Ihre Standorte befinden sich in Außenbezirken. Neben Spandau in Reinickendorf, Marzahn-Hellersdorf, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick.

Die Laternenladepunkte würden die Ladeinfrastruktur des bereits 2015 als Vorreiter gestarteten Berliner Modells ergänzen, erklärte die bei der finalen Eröffnung anwesende Verkehrs- und Umweltsenatorin Manja Schreiner (CDU). Sie sind Teil des Programms "Neue Berliner Luft", das gezielt die Elektromobilität fördern soll. Bei "ElMobileBerlin" wurde untersucht, welchen Beitrag Laternen dazu leisten können. Sie machen aber nur einen Teil der Ladepunkte im öffentlichen Straßenland aus. Deren aktuelle Zahl wird von der Senatsverwaltung mit rund 2360 angegeben und habe sich binnen eines Jahres fast verdoppelt. Einschließlich weiterer Angebote, zum Beispiel auf Kundenparkplätzen oder Tankstellen, seien es inzwischen sogar mehr als 3500. Damit nehme Berlin eine Spitzenposition ein und übertreffe schon jetzt die neuen Vorgaben der EU-Kommission für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur. Daneben habe im vergangenen Jahr auch die Zahl privater Ladepunkte deutlich zugelegt – auf jetzt mehr als 20 000. Natürlich gehe der Ausbau weiter. Aktuell würden sich viele hundert weitere Standorte von Berliner Stadtwerken und privaten Betreibern im Antrags- und Genehmigungsverfahren befinden.

*Eine Übersicht aller öffentlich zugänglichen Ladepunkte in Berlin findet sich unter <https://energieatlas.berlin.de/>.*

Datum: 29.01.2023	Medium: Berliner Zeitung
	Autor: Peter Neumann Thema: Johannes Kraft

## Warnstreik bei der BVG: Das sind die Einzelheiten – und so reagiert Berlin

Am Freitag stehen U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse bis 10 Uhr still. Verdi hole die Streik-Keule zu früh heraus, so die CDU. Doch die BVG-Mitarbeiter bekommen auch Verständnis.



Peter Neumann

29.01.2024 | 15:18 Uhr

Jetzt ist es offiziell: Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) werden bestreikt. Die Gewerkschaft Verdi ruft die fast 16.000 Beschäftigten des Landesunternehmens dazu auf, am Freitag mehrere Stunden lang die Arbeit niederzulegen. Vom ersten Arbeitskampf im laufenden Tarifstreit sind U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse vom Betriebsbeginn gegen 3 Uhr bis 10 Uhr betroffen. Bundesweit will Verdi mehr als 130 andere kommunale Verkehrsbetriebe ebenfalls am 2. Februar lahmlegen – dort sogar den ganzen Tag lang. Davon sind auch 14 Betriebe in Brandenburg betroffen. **Johannes Kraft** (CDU) kritisierte, dass die Gewerkschaft so früh die „Streik-Keule herausholt“

Der jüngste Warnstreik im öffentlichen Verkehr war gerade erst 13 Stunden Vergangenheit, als in der Verdi-Bundeszentrale in Mitte die Pressekonferenz begann, bei der die Gewerkschaft die nächste Arbeitskampfmaßnahme ankündigte. [Gegen 2 Uhr früh war der bisher längste Ausstand im bundesweiten Tarifkonflikt](#) zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer und der Deutschen Bahn vorzeitig zu Ende gegangen. Nach der Unterbrechung, die im Personenverkehr 136 Stunden dauerte, kamen S-Bahnen, Fern-

und Regionalzüge auch in Berlin am Montag wieder ins Rollen. Mindestens bis 3. März gilt bei der Bahn eine Friedenspflicht, es wird wieder verhandelt.



Der jüngste Arbeitskampf bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) liegt fast dreieinhalb Jahre zurück. Ende September 2020 blieben auch auf dem Omnibus-Betriebshof Britz die Fahrzeuge im Depot. Bernd Friedel/dpa

Dafür gewinnt in Berlin nun [ein anderer Tarifkonflikt spürbar an Brisanz](#). Wie berichtet hat die Gewerkschaft Verdi den Manteltarifvertrag gekündigt, mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) verhandelt sie über eine neue Vereinbarung. Hier geht es also nicht um höhere Löhne und Gehälter – sie werden erst in einem Jahr wieder Thema sein. Stattdessen stehen [bessere Arbeitsbedingungen im Fokus](#). So fordert Verdi mehr Urlaub: statt 28 bis 30 Tage 33 Tage pro Jahr. Auf der Liste stehen erstmals auch ein Urlaubsgeld (500 Euro) und längere Wendezeiten an den Endhaltestellen: zehn statt vier Minuten. Verdi verhandelt nicht nur in Berlin, sondern bundesweit über neue Tarifverträge im öffentlichen Nahverkehr, sagte die Vize-Bundesvorsitzende Christine Behle am Montag. Es geht um einheitliche Bedingungen für 132 kommunale Unternehmen mit mehr als 90.000 Beschäftigten, die in 81 Städten und 42 Landkreisen Mobilität gewährleisten.

### **Auch im Land Brandenburg zeigen sich die Arbeitgeber hartleibig**

Viele Arbeitgeber wüssten, dass die Mitarbeiter entlastet werden müssen, so Behle. „Aber es fehlt noch das Bewusstsein, dies in tarifliche Bedingungen zu überführen. Deshalb werden wir die Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr für den 2. Februar zu einem ganztägigen Streik aufrufen“ – mit Ausnahme von Berlin. Verdi strebe keine tagelangen Streiks wie bei der Bahn an, betonte Behle. Wenn die Arbeitgeber bei ihrer harten Haltung bleiben, könnten allerdings längere Auseinandersetzungen möglich sein, so die Verdi-Vizevorsitzende. „Die Streiks am 2. Februar sind eine Warnung.“

Warum wird in Berlin nicht ganztägig gestreikt? Dazu Jeremy Arndt, der den Fachbereich bei Verdi Berlin-Brandenburg leitet: Während die Arbeitgeber zum Beispiel im Land Brandenburg auch in der jüngsten Runde keine Bereitschaft erkennen ließen, auf die berechtigten Forderungen einzugehen, sei die Lage in Berlin anders. Zwar habe der KAV während der ersten Runde am 24. Januar kein Angebot auf den Tisch gelegt. Doch er stelle eine „grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft“ fest, so der Verdi-Sekretär.

### **CDU: „Dieser Streik ist den Berlinern nicht zu vermitteln“**

Um ein Signal zu setzen und Rücksicht auf die Berliner Fahrgäste zu nehmen, habe sich Verdi dazu entschlossen, den Streik gegen 10 Uhr zu beenden. Allerdings könnte es bis 12 oder 13 Uhr dauern, bis sich der Betrieb überall wieder normalisiert hat. Ob es bis zur nächsten Runde am 15. Februar weitere Arbeitskampfmaßnahmen bei der BVG geben wird, sei nicht absehbar. Das werde nach dem 2. Februar bewertet, erklärte Jeremy Arndt.

Allerdings habe es bei Verdi auch Stimmen gegeben, in Berlin ebenfalls ganztägig zu streiken. „Die Erwartungshaltung an uns ist groß“, sagte Arndt. Fahrgäste müssen sich darauf einstellen, dass während des Ausstands keine U-Bahn, keine Straßenbahn und kein BVG-Bus unterwegs sein werden. Als Alternative stehen die S-Bahn sowie die Regionalverkehrszüge der DB und der anderen Betreiber zur Verfügung. Für diese Züge gilt der reguläre Fahrplan, sie sind nicht vom Streik betroffen, hieß es am Montag. Auch die Berliner Buslinien, die im Auftrag der BVG von privaten Busunternehmen betrieben werden, würden am Freitag laut Plan befahren, teilte Verdi mit.

Die Streikankündigung stieß bei den Christdemokraten am Montag auf Kritik. Sie sei zum jetzigen Zeitpunkt „nicht nachvollziehbar“, sagte der CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft** der Berliner Zeitung. Sechs Tage lang hätten die Fahrgäste unter dem Streik bei der Bahn gelitten. „Jetzt, wo sich der Verkehr normalisiert hat, kommt Verdi und setzt in Berlin einen drauf“, so der Abgeordnete. Er unterstütze die Bemühungen, die Arbeitsbedingungen zu

verbessern, damit die BVG auf dem knappen Arbeitsmarkt attraktiver wird. „Doch dieser Streik ist den Berlinern nicht zu vermitteln“, kritisierte er.

Der angekündigte Arbeitskampf schade nicht nur der Stadt, „auch sich selbst und ihrem Anliegen tun die Streikenden keinen Gefallen“, erklärte der CDU-Politiker. Der Ausstand komme viel zu früh. Schließlich habe es erst eine Verhandlungsrunde gegeben. Der BVG-Vorstand habe deutlich gemacht, dass er die Ziele der Gewerkschaft grundsätzlich unterstütze. Das biete eine gute Grundlage, mit Verhandlungen zu einer Lösung zu kommen, schätzte Kraft ein. „Jetzt müssen Gespräche im Vordergrund stehen.“

### **Grüne: „Der Zustand des Nahverkehrs war lange nicht mehr so angespannt“**

Der Berliner Fahrgastverband IGEB erinnerte an seine Hauptforderung, wenn im öffentlichen Verkehr gestreikt wird: Wie in Italien und Frankreich muss es auch in Deutschland verbindliche Notfahrpläne geben, die ein Grundangebot verbindlich sicherstellen. „Bei uns drücken sich Staat und Politik weiter um dieses Thema herum“, kritisierte IGEB-Sprecher Jens Wieseke am Montag. „Dabei ist Mobilität ein Grundrecht, das auch in solchen Situationen wie jetzt staatlich gewährleistet werden muss.“

Grundsätzliche Kritik an dem drohenden Arbeitskampf bei der BVG ist dem Verbandssprecher dagegen auch diesmal nicht zu entlocken. „Ich bin selbst Verdi-Mitglied“, berichtete Jens Wieseke. Zum Grundrecht auf Mobilität gehörten auch „anständige Tarifabschlüsse“, die Arbeitsbedingungen verbessern und dazu beitragen, dass Verkehrsbetriebe offene Stellen rasch besetzen können.

Um der Personalknappheit zu begegnen, müssten Verantwortliche kreativer werden, forderte das IGEB-Vorstandsmitglied. So sprach sich Jens Wieseke dafür aus, verstärkt BVG-Ruheständler dafür zu gewinnen, sich wieder ans Steuer zu setzen und Busse zu steuern. „Wenn man mit den Leuten anständig umgeht, werden sie gern wiederkommen, um sich etwas dazuzuverdienen“, sagte Wieseke der Berliner Zeitung. Die Grünen-Verkehrspolitikerin Antje Kapek rief die Tarifpartner ebenfalls am Montag dazu auf, „schnell und konstruktiv zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen“. „Der Zustand des öffentlichen Nahverkehrs war in Berlin schon lange nicht mehr so angespannt wie gerade. Dies kann sich nur schnellstmöglich ändern, wenn der Personalmangel durch bessere Arbeitsbedingungen ausgeglichen wird“, so Kapek zur Berliner Zeitung. Daher unterstützten die Grünen die Forderungen der Initiative „Wir fahren zusammen“. Dort

fordern Verdi, Fridays for Future und andere Organisationen mehr Investitionen, damit die Mobilitätswende bundesweit besser vorankommt.

**SPD: „An den Wendepunkten muss Zeit sein, in die Wurststulle zu beißen“**

„Ein guter ÖPNV hält Berlin für alle Menschen am Laufen, gewährleistet so die Grundversorgung und leistet einen wichtigen Beitrag fürs Klima“, rief die Abgeordnete Kapek in Erinnerung.

„Erst vor wenigen Wochen hat die [BVG im Mobilitätsausschuss des Abgeordnetenhauses dargelegt](#), dass sie den Busfahrplan wegen fehlendem Fahrpersonal ausdünnen muss. Der Arbeitsdruck ist hoch“, sagte der SPD-Abgeordnete Tino Schopf. Bei dem möglichen Streik gehe es auch um die Arbeitsbedingungen und damit um die Attraktivität der BVG als Arbeitgeberin. „Nun muss am Verhandlungstisch eine Lösung gefunden werden“, so der Sozialdemokrat. „Gute Rahmenbedingungen für das Fahrpersonal liegen nicht nur im Interesse der BVG, sondern auch im Interesse der Berlinerinnen und Berliner, die sich einen funktionierenden ÖPNV wünschen. Für die Fahrerinnen und Fahrer der BVG heißt das: An den Wendepunkten muss Zeit sein, in die Wurststulle zu beißen.“

Damit bezog sich Schopf auf die Verdi-Forderung, die betrieblichen Wendezeiten an den Endhaltestellen mehr als zu verdoppeln. Doch das stößt dem Vernehmen nach nicht nur beim BVG-Vorstand auf Bedenken. In Fachforen wird darauf hingewiesen, dass dies nur möglich wäre, wenn die Kapazität der Wendestellen erhöht würde – was vielerorts Umbauten erfordert, die wiederum langwierige Vorbereitungen benötigen.